

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Sonntag, 15. April 1923.

Nr. 87.

## Das falsche Gerücht.

Von Friedrich Austerlitz (Wien).

In der Diskussion über das Gesetz zum Schutze der Republik ist mit Recht darauf hingewiesen worden, welche Gefahren für die Presse aus einer vergleichsweise unbeträchtlichen Bestimmung erwachsen können: aus dem § 18, der von der Verbreitung unwahrer Nachrichten handelt. Man konnte nun, schon bevor das Gesetz in Kraft trat, die Probe auf das Exempel machen, und deshalb ist es notwendig, eine in Prag ausgesprochene und rechtskräftig gewordene Konfiskation wegen „Verbreitung falscher beunruhigender Gerüchte“ nach dem alten Strafgesetze genau ins Auge zu fassen. Man entnimmt daraus, was für Zeiten der oppositionellen Presse nun in der Tschechoslowakei drohen; sie wird geradezu vogelfrei und die sichere Beute jedes Staatsanwaltes.

Das „Nude Pravo“ (Abendblatt) ist am 19. März konfisziert worden. Wie man erfahren hat, ist die Konfiskation wegen eines Artikels über den Zusammenbruch der Bank „Bohemia“ erfolgt; in dem Artikel sei berichtet worden, daß die Bank vor dem Krach stehe und daß auch andere „Banken an die Reihe kommen werden“. Schon der Anlaß zu dieser Konfiskation kann nicht übersehen werden. Der § 308 des alten Strafgesetzes spricht von der Verbreitung eines falschen, für die öffentliche Sicherheit beunruhigenden Gerüchtes; es braucht wohl nicht dargelegt zu werden, daß das Gesetz hier nur an falsche Gerüchte denkt, die geeignet sind, die Bevölkerung in Unruhe zu versetzen, das Gefühl der Sicherheit bei der Bevölkerung zu verheeren — wozu die „Beunruhigung“ der Börsenleute natürlich nicht gehört. Doch das Erschreckendste an dieser Konfiskation ist die Tatsache, daß ein strafbarer Inhalt auch dann nicht gegeben wäre, wenn der Artikel ein falsches, für die öffentliche Sicherheit beunruhigendes Gerücht verbreitet hätte: weil die strafbare Handlung erst dann gegeben ist, wenn jemand ein falsches Gerücht verbreitet, ohne zureichende Gründe, das verbreitete Gerücht für wahr zu halten, für die Angelegten nicht vorlagen, was allein schon geeignet wäre, den Schuldpruch als nichtig darzustellen. Nun können die Staatsanwälte nur Druckschriften mit Verschlag belegen, die ihres Inhaltes wegen im öffentlichen Interesse zu verfolgen sind. Das heißt: einen strafbaren Inhalt offenbaren, und das Gerücht vermag nur zu entstehen, ob der Inhalt der Druckschrift „eine strafbare Handlung begründet“. Da aber die strafbare Handlung erst dann gegeben ist, wenn die Verbreitung des Gerüchtes ohne zureichende Gründe, es für wahr zu halten, erfolgt ist, dieses aber in dem sogenannten objektiven Verfahren, gemäß seiner Natur, überhaupt nicht festgestellt werden kann — man hat die Frage, die für das Vorhandensein einer strafbaren Handlung doch entscheidend ist, im Verlaufe der Konfiskation natürlich nicht untersucht — so ist es klar, daß das sogenannte objektive Verfahren bei der strafbaren Handlung nach § 308 überhaupt nicht statfinden kann. Nicht kann: aber das hat natürlich nicht gehindert, daß die Konfiskation bestätigt, das Verbotserkenntnis ausgesprochen, der Einspruch dagegen abgewiesen wurde. Die Presse ist eben vogelfrei.

Man bekommt nun eine Vorstellung, wie es der Presse, die den Machthabern unbehagen ist, nach dem Schutzgesetze ergehen wird. Das Schutzgesetz geht nämlich weit über den österreichischen Paragraphen hinaus. Während dieser nur falsche, für die öffentliche Sicherheit beunruhigende Gerüchte treffen will, bedroht

## Poincarés Taktik.

Paris, 14. April. (Savas.) In dem über die gestrigen französisch-belgischen Beratungen ausgegebenen offiziellen Communiqué haben die französischen und die belgischen Minister öffentlich bestätigt, daß ihre Ententepolitik weiterhin von dem vollkommenen gegenseitigen Vertrauen zwischen den beiden Staaten durchdrungen bleibt. Deutschland könne in der Zukunft nicht im Zweifel über die tatsächlichen Absichten Frankreichs und Belgiens sein, welche an ihrem Drude in der Ruhrgebiete insofern festhalten, als das Deutsche Reich nicht erst die Angebote machen wird. Es sind alle Maßnahmen zur Verstärkung dieses Druckes getroffen worden. Es werden sieben weitere Umlageplätze für den Kohletransport in der nächsten Zeit errichtet und allmählich auf zwanzig erhöht werden. Die Menge des täglich transportierten Kohle wird sodann für die Bedürfnisse der französischen Metallindustrie genügen. Die Eisenbahnverwaltung funktioniert normal, wiewohl die vom Deutschen Reich terrorisierten Eisenbahner nur in geringer Zahl die Arbeit wiederaufnehmen. Die Alliierten werden die normalen Bezahlungen der Kohlenabgabe fordern und diesbezügliche Uebertretungen strenge ahnden. Vor der Eröffnung der Konferenz klärte Poincaré die belgischen Minister über die Reise Loucheurs nach London auf und zerstreute den ersten Eindruck der Ueberraschung, welchen die Reise Loucheurs in Brüssel verursacht hat.

Berlin, 14. April. (Eigenbericht.) Der offizielle Bericht über die französisch-belgische Konferenz, die heute vormittag mit einem nichtsagenden Communiqué beendet wurde, sagt mit besonderem Nachdruck, daß die Aktivität fortgesetzt werden soll und schärfste Maßnahmen Deutschland zur Zahlung zwingen sollen. Aus den Kommentaren der Pariser Presse aber und aus anderen Begleiterscheinungen ist zu erkennen, daß auf dieser Konferenz nicht nur über die Ruhraktivität, sondern über das gesamte Reparationsproblem gesprochen wurde. Ausgehend von der belgischen Mitglieder die Besetzung nur noch als Mittel, die Reparationsfrage überhaupt einer endgültigen Lösung zuzuführen. Für diese Annahme spricht auch die Teilnahme Loucheurs und der Marquis de Lubersac an der gestrigen Konferenz. Lubersac hat seinerzeit das Abkommen mit Stinnes abgeschlossen und gilt als Anhänger der Verständigung. Es scheint also, daß die Aktivität zwar fortgesetzt, aber dabei mit England verhandelt werden soll. Für die außenpolitische Lage Deutschlands wäre es katastrophal, wenn England und Frankreich sich jetzt verständigten. Nur eine entschiedene Erklärung der deutschen Regierung könnte das verhindern. Leider besteht wenig Aussicht, daß Cuno und

Rosenberg ihre passive Politik aufgeben.

Der feierliche Beschluß des belgischen und französischen Ministerpräsidenten ist die nach den Gesetzen der Dialektik notwendige Ergänzung zur Reise Loucheurs nach London und zu der Mitteilung des „Matin“ über Poincarés eigentliche Ziele. Hatten die Schritte und Verhandlungen der letzten Tage den Zweck, den Deutschen anzudeuten, in welcher Richtung sich ihre Vorschläge bewegen müßten, um bei Poincaré ein gnädiges Gehör zu finden, so soll die nunmehrige Rundgebung der Regierung Cuno den unerbittlichen Ernst der Lage aufs schärfste zu Bewußtsein bringen. Das eine, wie das andere beweist, daß die Erschwerer und Unternehmer der Ruhraktion mit ihrem bisherigen Erfolg nicht zufrieden sind. Und wenn auch die offizielle Rundgebung mit einer erstaunlichen Sicherheit behauptet, daß in absehbarer Zeit „die Kohletransporte für die Bedürfnisse der französischen Metallindustrie genügen werden“, so kann doch jedermann aus diesen gemacht hoffnungsvollen Worten den Zweifel herauslesen, und wer die statistischen Angaben der letzten Wochen kennt, der weiß auch, daß die gewaltigen Requisitionen aus dem Ruhrland nie das an Kohle herauspressen werden, was die französische Metallindustrie tatsächlich braucht.

Weil dem so ist und weil vermutlich Poincaré und Jasper über das, was sie hier ins Werk gesetzt haben, heimlich längst das Grausen angekommen ist, dürfen vernünftige deutsche Vorschläge eine ernstliche Behandlung durch den Gegner erhoffen. Doch müssen sie erfolgreich sein: denn haben die Soldaten an der Ruhr auch nicht die Macht, das verfehlte Unternehmen aktiv zu machen, so steht es doch bei den französisch-belgischen Gewalthabern, den Druck wirklich zu verstärken und die Bevölkerung des besetzten und unbesetzten Gebietes völlig zur Verzweiflung zu treiben. Soweit ist das jüngste Communiqué keine leere Drohung, soll das Ruhrunternehmen scheitern, dann scheidet nach dem Willen Poincarés Deutschlands Wohlstand unweigerlich mit. Je früher die Regierung Cuno sagt, was sie zu leisten fähig und willens ist, desto leichter kann sie die Zweideutigkeit von Loucheurs Bedingungen, die von der „Neutralisierung des Rhein- und Ruhrlandes“, unwirksam machen. Dieses Verlangen wird von dem Augenblick an gefährlich, wo England und die Neutralen an den einschließlichen Verhandlungswillen Deutschlands zu glauben aufhören, weil dann Poincarés Ruhe nach „Sicherungen“ desto mehr Schein der Glaubwürdigkeit erhalten. Deshalb ist die Forderung der deutschen Sozialdemokraten nach klar umrissenen Vorschlägen, wie sie der sächsische Ministerpräsident in seiner Programmrede aufgestellt hat, das Gebot der Stunde.

Die Presse der Tschechoslowakischen Republik gelangt mit dem Schutzgesetze in eine Lage, die einfach ohne Beispiel ist. Die Unfreiheit, die mit dem Schutzgesetze begründet wird, mag auch anderwärts zuhause sein, und wenn es der tschechischen Demokratie entsprechend scheint, sich darauf zu berufen, daß es in Polen, in Rumänien, in Jugoslawien, in Ungarn nicht anders und nicht besser sei, so mag ihr dieser Stolz, der freilich zu ihrer Vergangenheit ebensowenig paßt wie zu ihren Ambitionen, gegönnt sein. Aber die Tschechoslowakische Republik begnügt sich ja nicht mit dem reaktionären Gesetz, das die politischen Delikte ins Uebermaß häuft, auch nicht mit der Bejeitigung der Geschworenengerichte für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen, sondern sie hat auch die altösterreichische Presseunfreiheit, nämlich die schrankenlose Zulässigkeit der politischen Beschlagnahme (§ 487 St. B. O.) und das berüchtigte objektive Verfahren (§ 493 St. B. O.) unversehrt übernommen; und damit ist der Möglichkeit der Schikanierung der Presse jede Grenze genommen. In Altdorf war das Konfiszierens und Objektivierens doch nur der Ersatz für das Anklagen, dem angesichts der Kompetenz der Geschworenengerichte die allerengsten Schranken gezogen waren; in der Tschechoslowakischen Republik kann aber der Staatsanwalt konfisizieren nach Herzenslust, das Anklagen ist ihm aber, da er jetzt nur zu

## Der Interessenkonflikt innerhalb des Faschismus.

Zu früher pflegte man das italienische Staatswesen nicht mit Unrecht einem steuerlosen Schiffe zu vergleichen. Heute liegt das Steuer in sehr energischen Händen und wird mit großer Rücksichtslosigkeit bald hierher bald dorthin gerissen. So ist das Ergebnis wieder eine Zickzacklinie, nicht, weil das Schiff von äußeren Kräften hin- und hergeworfen wird, sondern weil es seiner Führung an einer Richtlinie, an einem Programm gebricht.

Auf die Frage nach ihrem Programm pflegen die Faschisten zu antworten: „Wir sind Faschisten, und das genügt“. Sogar auf die Frage nach seinen religiösen Ueberzeugungen hat unlängst ein faschistischer „Kommissar“ mit diesen Worten geantwortet. In der Regierungspraxis scheint das aber doch nicht zu genügen. Wenigstens ist die Regierung nicht darüber im Klaren, zu welcher Aktion sie ihre faschistische Ueberzeugung eigentlich verpflichtet. Und so sehen wir ein Hin- und Herboggen der Regierungsmassnahmen, ein beständiges Nähen und Wiederanftrennen, das dem Staatsprestige ebensowenig zuträglich ist, wie feinergeigt die Steuerlosigkeit des verflochtenen Facta.

Erschwert wird die Lage der Regierung durch das Ersticken jeder Opposition und jeder freien Meinungsäußerung. Wenn eine Diskussion in der Presse oder in öffentlichen Versammlungen möglich wäre, so würden viele der Mißgriffe vermieden. Heute, wo die Regierung mit der Geschwindigkeit einer Rotative Gesetzesmassnahmen über Gesetzesmassnahmen über das Land ergießt, Massnahmen, die der „Hohe Rat“ des Faschismus ausarbeitet und der Ministerrat gut heißt, schließt schon die ungeheure Ueberproduktion Fehler ein. Selbst wenn im italienischen Ministerium Menschen von hoher geistiger Bedeutung und umfassenden Kenntnissen säßen, statt des bescheidenen Mittelmaßes strebender Jünglinge, könnten sie nicht in wenigen Monaten Verfassung und Wohlrecht, Zollwesen und Staatsfinanz, Sanitätsgebarung, Strafrecht und Zivilrecht, Arbeiterrecht und Gerichtswesen, kurz alle Zweige der Betätigung des modernen Staates von Grund auf und unter Loslösung von aller Tradition reformieren, ohne schwere Irrtümer zu begehen.

Wie viel mehr der Faschismus, dem selbst der größte Optimist im besten Falle einen genialen und tatkräftigen Führer, nie aber eine Mehrzahl bedeutender Persönlichkeiten zusprechen kann! In seiner völligen Programmlosigkeit bleibt nur der eine feste Punkt: der eiserne und vor nichts zurückschreckende Wille, am Ruder zu bleiben. Aber um diesen „Programmlos“ zu verwirklichen, genügt die faschistische Miliz nicht, selbst wenn man ihre Zahl auf 150.000 Mann erhöht, wie jetzt geplant ist. Um am Ruder zu bleiben, muß man sich nicht nur auf Waffen, sondern auch auf Inter-

dem Berufsrichtertum zu gehen braucht, dennoch in umfassendster Möglichkeit eröffnet: er kann also konfisizieren und einsperren lassen! Der eine § 18 hängt sich wie ein regelrechtes Damoklesschwert über die Presse.

Und immer wieder muß es gesagt werden: diese Paragraphen sind nicht zum Spaß erdacht worden, sie werden sich alle gar herrlich auswirken. Wer hat in dem alten Oesterreich etwas von dem § 308 St. G. gewußt? Wir täuschen uns gewiß nicht, daß die letzten Konfiskationen nach diesem Paragraphen im alten Oesterreich im Jahre 1897 gemacht worden sind; von dem Justizminister Meispach in den allerletzten Badenitagen angeordnet, um das „beunruhigende Gerücht“ zu treffen, das durch die wahrheitsgetreue Mitteilung herbeigeführt worden sei, im Abgeordnetenhaus sei gerauscht worden. Man hätte es im alten Oesterreich wagen sollen, die Mitteilung, eine Bank stehe vor dem Zusammenbruch, die eine Mitteilung zweifellosester Tatsachen war, als beunruhigendes Gerücht zu qualifizieren und zu konfisizieren! Aber die Unfreiheit der Presse, wie sie durch die liebliche Verbindung des republikanischen Schutzgesetzes und der absolutistischen Konfiskationspraxis herbeigeführt wird, ist auf die Dauer unhaltbar, und so sind wir dessen gewiß: das Uebermaß der Unfreiheit wird sich schneller, als man wähnt, selbst ab absurdum führen.



essengruppen stützen können, und diese Interessengruppen gewähren die Stütze nicht umsonst.

Und die grundlegende Utopie des Faschismus liegt gerade darin, daß er es versucht, seine Macht auf entgegenstrebende Interessengruppen aufzubauen, daß er, unbeeinträchtigt durch geschichtliche Erfahrung, die Harmonie von Arbeit und Kapital verwirklichen will. Zwar ist es eine Harmonie in reduzierter Form, denn die Arbeit soll sich in gottesgläubiger Untertänigkeit dem Kapital unterwerfen, aber immerhin wird dem Kapital zugewendet, der in Unterwürfigkeit harrenden Arbeit Mühe und Mäßigung entgegenzubringen. Da aber durch das Schwergewicht der Tatsachen überall und auch im „faschistischen Staate“ Interessenfragen als Machtfragen ausgeglichen werden, zeigt nun das Kapital gegenüber dem in seinen Gewerkschaften zersplitterten, durch Arbeitslosigkeit zermürbten Proletariat keinerlei Neigung zur Milde, sondern vielmehr einen sehr energischen Appetit. Mit dem Appell an den „vaterländischen Sinn“ der Unternehmer kommt der Faschismus nicht weit. Und so steht der Faschismus oder richtiger die Regierung zwischen der drohenden Unzufriedenheit der faschistischen Arbeiter und den Ansprüchen der faschistischen Unternehmer, die sich nicht ohne Berechtigung auf ihre Leistungen für die nationale Sache berufen, auf Geld, das ausgegeben wurde, um Geld einzubringen.

Eine typische Episode des Interessenskonfliktes innerhalb des Faschismus wird uns dieser Tage durch die Abtreibung des Betriebes der Eisenbahnen an private Unternehmer geboten. Der Faschismus ist nämlich, trotz seiner patriarchalischen Auffassung des Staates, in Sachen der staatlichen Wirtschaftsgebarung gegen jede Bevormundung und für das freie Spiel der Kräfte, Staatsbahnen, Telephone, Versicherungswesen, Zweige des Postdienstes, wie die Paketverteilung, Sekundärbahnen usw. werden daher privaten Unternehmern überlassen unter dem offiziellen Vorwand, daß diese die Rentabilität besser gewährleisten können, als der Staat. Mit welchen Mitteln das private Kapital die Rentabilität gewährleisten soll, ist bekannt: durch Verminderung des Personals, durch Herabsetzung der Löhne und auch gelegentlich auf Kosten des auf die betreffenden öffentlichen Dienste angewiesenen Publikums.

Der größte Brocken, der vorläufig dem privaten Unternehmertum zufällt, sind die Staatsbahnen, für deren „Verpachtung“ geradezu märchenhafte Bedingungen ausgearbeitet worden sind. Die Strecken, Baulichkeiten und das rollende Material werden dem „Pächter“ gratis überlassen, für einen Zeitraum von 30 Jahren, der von beiden Seiten nach 15 Jahren gekündigt werden kann. Der Betriebsgesellschaft wird ein Ertrag pro Kilometer garantiert, dessen Höhe von besonderen Kommissionen festgesetzt wird. Aus dem Bruttoertrag sind drei Fonds zu bilden (in der Höhe eines noch festzusetzenden Prozentsatzes), für die durch höhere Gewalt nötig werdenden Reparaturen, für die Erneuerung der Baulichkeiten und für die des rollenden Materials. Vom Reinertrag wird das Aktienkapital verzinst, bis zur Höhe von 7 Prozent; was darüber hinausgeht, bis zu 10 Prozent wird zwischen Staat und Betriebsgesellschaft geteilt, über 10 bis 12 Prozent bekommt der Staat 1/10, darüber hinaus 1/5. Die Tarife sollen die heutigen bleiben. Neun Rehtel des Betriebspersonals sind aus dem bisherigen Personal zu rekrutieren; dem Personal sind auf fünf Jahre die bisherigen Arbeitsbedingungen zu gewähren, nachher ist die Regelung des Arbeitsverhältnisses

der freien Entscheidung der Kontrahenten anheimgestellt. Man kann sich denken, daß das ein seltener Bahnbetrieb wird, ohne Risiko, denn dieses behält der Staat für sich durch Garantie des Bruttoertrages pro Kilometer, ohne Kosten für das überlassene fixe Kapital im Betrage von vielen Milliarden, denn man wird sich hüten, einen Reinertrag von über 7 Prozent anzuzurechnen, ohne Verbindlichkeiten gegenüber dem Personal, das in einem Monopolbetrieb arbeitet, aus dem es in keinen anderen überspringen kann und nach fünf Jahren in seinem Arbeitsvertrag ganz von der Gnade und Ungnade der Betriebsgesellschaft abhängt, wenn inzwischen die gewerkschaftliche Organisation des Proletariates nicht wieder „erlaubt“ sein sollte.

Nun hat natürlich das Unternehmertum, das sich nicht berufen fühlt, dem Staate Lasten abzunehmen, zuerst seine Hand nach den erträglichsten Linien ausgestreckt. Im Sandumdrehen hat der Minister der öffentlichen Arbeiten gewisse Linien der Provinz Cremona abgetreten, der Vertrag ist von den zuständigen Ministern bereits unterzeichnet; er ist also moralisch verbindlich, wenn auch noch das lgl. Dekret fehlt. Da tritt auf einmal der lokale Faschismus von Cremona gegen die Konvention auf, in der Person des „faschistischen Kommissars“ Farinacci, der unter anderem erklärt, der Übergang in Privatbetrieb würde faschistische Eisenbahner brotlos machen, man hätte ihn vorher benachrichtigen müssen usw. Eine außerhalb der offiziellen Regierung stehende Persönlichkeit bemängelt die Maßnahme eines Ministers, und das ist in einem freien Lande etwas Normales, wenn es auch im heutigen Italien unerhört erscheint. Unerhört aber ist, daß diese Persönlichkeit ganz unverfroren als ihr Recht fordert, daß ihr ein finanzieller Vertrag der Regierung im voraus mitgeteilt werde, was unzweifelhaft Vorteile für Beteiligende bietet, aber nicht mit rechenschaftlicher Verwaltung eines Ministeriums vereinbar ist. Noch unerhörter ist, daß der Ministerpräsident am 7. d. die bereits unterzeichnete Konvention einer Revision zu unterziehen beschloß.

Mussolini will Italien durch Hierarchie und Disziplin erneuern, welche Hierarchie und welche Disziplin? Will man die Unterschrift eines Ministers für null und nichtig erklären, weil ein Mitglied der faschistischen Parteihierarchie seine privaten und politischen Interessen durch den geschäftlich abgeschlossenen Vertrag für geschädigt ansieht? Wie statt der Kammer in der Ausarbeitung der Gesetze heute der „Hohe Rat des Faschismus“ wirkt, so könnte man anstelle des Ministeriums, dem ein Betriebsunfall nach dem andern zustoßt, einfach die faschistischen Kommissare regieren lassen. Heute regieren zwei Mächte gegeneinander, und das Staatsprestige ist ebenso übel dran, wie zu Zeiten Factas.

### Die italienischen Alexikalen gegen Mussolini.

Mailand, 13. April. Der Donnerstag in Turin eröffnete Kongress der Volkspartei entschied über den der Regierung gegenüber einzunehmenden Standpunkt. Mussolini hatte zunächst die Volkspartei in den Umkreis des Faschismus ziehen wollen, als ihm dies aber nicht gelang, bestrebe er sich, sie durch die Abtrennung des mit den Faschisten sympathisierenden rechten Flügels zu spalten. Das Haupthindernis bildete der Generalsekretär

der Partei Don Sturzo, weshalb von den offiziellen Agenturen seine Demission verlaublich wurde. Doch der Kongress stellte sich einhellig auf Sturzos Seite. Die Vertreter der Rechten, welche sich für die unbedingte Zusammenarbeit mit den Faschisten aussprachen, wurden unausgeseht durch Fischen unterbrochen. Endlich wurde die Resolution Don Sturzos angenommen, welche für die Beibehaltung des alten Programms eintritt und sich gegen die Versuche, die Partei zu spalten, ausspricht. Die Teilnahme an der Regierung wird nur auf Grund der Freiheit und Gerechtigkeit anempfohlen und hierbei die Verteidigung des proportionalen Wahlrechts und die Aufrechterhaltung der vollen Selbständigkeit der Partei zur Pflicht gemacht. Die offiziöse „Agenzia Italiana“ droht, daß die sich gegen die Regierung stellende Volkspartei sich in der Lage jener antinationalen Richtungen befinden werde, welche gegenwärtig bedeutungslos seien.

## Inland.

### Für die Ruhrarbeiterschaft.

#### Eine Kundgebung der tschechischen Gewerkschaften.

Die tschechisch-slowakische Gewerkschaftsvereinigung, die Zentralstelle der tschechischen freien Gewerkschaftsorganisationen, hat im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse in Essen an den französischen Ministerpräsidenten Poincaré folgendes Telegramm geschickt:

„Schmerzlich erregt von den Essener Ereignissen drückt die Zentralstelle der tschechisch-slowakischen Gewerkschaftsorganisationen in Uebereinstimmung mit dem internationalen Gewerkschaftsbund den Wunsch nach rascher und persönlicher Austragung des unglücklichen Konfliktes aus.“

Außerdem besahe sich mit diesen Ereignissen auch der Vorstand der tschechisch-slowakischen Gewerkschaftsvereinigung, welcher folgende Kundgebung beschloß:

„Der am 12. April 1923 tagende Vorstand der tschechisch-slowakischen Gewerkschaftsvereinigung erklärt nach Anhörung eines Berichtes über die Essener Ereignisse diese für ein sehr gefährliches Symptom des gegenseitigen Verhältnisses der beteiligten Staaten und hält sie für einen neuen Beweis dafür, wie dringend notwendig es ist, die Streitfrage der Kriegsschädigung rascher zu erledigen, da ansonsten nicht nur schwere wirtschaftliche Schäden für die beteiligten Staaten und ihre Weltwirtschaft, sondern auch die Gefahr neuer Kriegsgreuel entstünden. Der Vorstand protestiert dagegen, daß Kulturstaaten Gewalt zur Erledigung ihrer Konflikte anwenden. Er spricht sich daher neuerlich für den Vorschlag des internationalen Amsterdamer Gewerkschaftsbundes aus, den Streit zwischen Deutschland und Frankreich einem unparteiischen vom Völkerbunde eingesetzten Schiedsgerichte vorzulegen. Der Staat, der sich dieser Entscheidung nicht unterwürfe, hätte die wirtschaftlichen Folgen dessen zu tragen. Wir fordern die Regierung auf, auch in diesem Sinne beim Völkerbunde zu wirken und mit Hilfe ihrer internationalen Beziehungen dieses Bestreben zu unterstützen. Dasselbe erwarten wir von den parlamentarischen Vertretern der sozialistischen Parteien. Wir sprechen der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet, die eine berechtigte Entschädigung aner-

kenntend mit Menschenrecht und Arbeitsfreiheit verteidigt, unsere tiefsten Sympathien aus.“

Der Kampf in der nationaldemokratischen Partei in Währen. Wir haben bereits gestern über die Meinungsverschiedenheiten in der nationaldemokratischen Partei in Währen, die zwischen dem linken Flügel Englisch und dem rechten Flügel Bagas entstanden sind, berichtet. Die Situation in der Partei hat sich nunmehr neuerdings verschlechtert, da sich auch der Abgeordnete Späček der Opposition angeschlossen hat. Diese Opposition will den Landesvollzugsausschuß auf legalen Wege, das heißt durch Einberufung eines außerordentlichen Landeskongresses, beseitigen. Die Prognostiker Opposition, der sich ein Teil der Olmücker Organisation angeschlossen hat, hat einen neuen vorläufigen Vollzugsausschuß gewählt und will aus dem Bereich des Brünner Landesvollzugsausschusses ausscheiden, um sich an Prag anzuschließen. Diesen Sonntag findet, wie das „Provo Vidu“ meldet, ein Kongress der nationaldemokratischen Partei in Olmütz statt, auf dem die Abspaltung öffentlich verkündet werden wird. Sollte die Opposition auf dem Kongresse die Mehrheit nicht erlangen, wird sie aus der Partei austreten. Der Abgeordnete Späček erkennt bereits die Gefahr der völligen Auflösung der Partei und versucht jetzt zwischen den beiden Flügeln zu vermitteln. Man glaubt, daß seine Bestrebungen von Erfolg gekrönt sein werden, und daß die Opposition aus der Partei ausgeschlossen werden wird.

Die Beratung der Wohnungsgesetze im Parlament beginnt erst Mittwoch und Donnerstag abends dürfte bereits zur Abstimmung geschritten werden. Sodann wird das Plenum des Abgeordnetenhauses erst am 24. April zusammentreten, wenn nicht die Arbeit der Ausschüsse eine noch längere Pause zur Folge haben wird. Die Frühjahrsession soll im „besten“ Falle Ende Mai beendet sein.

Die Straftafeln. Wie die „Narodni Democracie“ meldet, hat der Oberste Verwaltungsgerichtshof die Befehle der Gemeinde Trautau gegen das Verbot der Numerierung der Strafen abgewiesen. Der Stadtrat hat im März des Vorjahres beschlossen, die Namensbezeichnungen der Strafen aufzulassen und nach amerikanischem Muster die Numerierung mit arabischen Ziffern einzuführen. Die politische Bezirksverwaltung hat den Vollzug aus dem Grunde verboten, weil sein Zweck die Umgehung der Vorschrift über die Strafenbezeichnung in der Staatsprache wäre. Gegen das Verbot hat der Bürgermeister auf Grund eines Beschlusses des Stadtrates Beschwerde erhoben, die aber von der politischen Landesverwaltung und vom Ministerium des Innern aus dem Grunde abgelehnt wurde, weil zur Ueberreichung der Beschwerde weder der Bürgermeister noch der Stadtrat, sondern nur die Stadtertrehung berechtigt war, die aber die Beschwerde zu überreichen nicht beschloßen hat. Das Oberste Verwaltungsgericht hat diese Ansicht bestätigt und die Beschwerde der Gemeinde abgelehnt.

Eine tschechische Anarchistengruppe ist in Bildung begriffen. Dieser Tage wurden in Prag, Madno und in Nordböhmen Flugblätter verbreitet, in denen angezeigt wird, daß sich eine freie Anarchistenvereinigung gegründet hat und daß diese Vereinigung ein zweimal monatlich erscheinendes Blatt „Bezvadladi“ (ohne Regierung) herausgeben wird.

## John Brettons Liebeswerbung.

Von Tent Obach.

„Es tut mir leid, Herr Bretton, aber ich kann nicht Ihre Frau werden,“ sagte Frau Dallinger. — Die so sprach, war die Lehrerin der Schule von Broken Ridge und wurde trotz ihrer 32 Jahre für die bei weitem schönste Frau in jener rauhen Minenstadt gehalten.

„Ist es — ist es, weil — Sie jemanden lieber mögen?“ forschte John Bretton hartnäckig weiter. „Nein, nicht das,“ antwortete die Frau ziemlich niedergeschlagen. „Ich — ich mag Sie sehr gern. Ich möchte Sie vom ersten Tage an, wo ich Sie sah. Denken Sie noch daran? Als Sie mich photographierten?“

John Bretton errödete im Stolge seines Verus. Er war der Photograph des Ortes, der einzige im ganzen Distrikt, und scharrte sich auf bequeme Weise ein Vermögen zusammen, indem er die Grubenleute von Broken Ridge bei jeder sich bietenden Gelegenheit absonterte; denn der Goldgräber gibt, wenn er gut verdient, sein Geld leicht aus und hat bei all seinem rauhen Keuheren eine ziensliche Portion persönlicher Eitelkeit. „Es war das schönste Bild, das ich je anfertigte,“ brach John enthusiastisch los. „Aber es konnte ja auch nicht anders als schön werden,“ fügte er hinzu, während seine Augen auf ihrer schönen Gestalt ruhten und dem hübschen, jetzt fast von dem eben empfangenen Komplimente geröteten Gesichte. „Ist es, weil Sie die Schule nicht gern aufgeben wollen?“ fragte er dann weiter, indem seine Augen durch das niedliche Wohnzimmer des Schulhauses wanderten.

„Nein, nein! Das ist nicht der Grund,“ sagte sie mit leicht zitternder Stimme. „Weil man mir gekündigt hat und ich in einem Monat fort muß. Ich bin von der Schule entlassen.“

„Von der Schule entlassen,“ rief John Bretton erstaunt aus. „Entlassen, nachdem Sie hier von Eröffnung der Schule an Lehrerin waren? Nicht acht Jahren!“

„Ja, ich bin entlassen,“ antwortete Frau Dallinger traurig. „Sie — sie haben etwas gehört — etwas Nachteiliges über mich und nun glaubten

sie, daß ich nicht mehr die geeignete Person bin, um ihre Kinder zu lehren.“

„Sie meinen, sie haben gehört, daß Ihr Mann“

„Sie haben gehört, daß mein Mann einen Mord beging,“ rief Frau Dallinger bitter aus. „Und für sein Verbrechen soll nun die Frau, die er vor zehn Jahren verließ, bestraft werden. Sie soll als unwürdige des Verkehrs mit ihren Mitgeschöpfen gebrandmarkt und in den Stein geworfen werden, um Hungers zu sterben!“

„Die seigen Schurken!“ sagte John Bretton zornig. „Ich möchte ihnen einmal meine Meinung sagen — und ich werde es auch. Was haben Sie denn getan, möchte ich wohl wissen. Sie haben Ihr Brot ehrlich verdient und Ihre Pflicht getan. Nicht wert, ihre Kinder zu lehren, in der Tat! Viel zu gut sind Sie dafür! Sie sind ein Engel vom Himmel für sie, und da ist nicht eins unter den kleinen Göttern, das nicht gern sein zartes Leben aus Liebe für Sie hergeben würde. Aber ich weiß wohl, wer das getan hat. Ich weiß, wer diese elende Geschichte ausgegraben hat. Das ist Harold Benners Werk! Er hat Sie immer gehaßt!“

„Ich glaube nicht, daß Herr Benner mich haßt,“ sagte Frau Dallinger, schwermütig über Johns ungestümen Zorn lächelnd. „Hat er mich doch sogar einst dadurch geehrt, daß er mich hat, sein Weib zu werden.“

„Coroner“ Benner hat Sie gebeten, sein Weib zu werden?“

„Coroner Benner und Herr John Bretton haben mir beide diese Ehre erwiesen,“ sagte Frau Dallinger feierlich. „Aber warum sind Sie so erstaunt darüber?“

„D, nichts, nichts,“ antwortete Bretton schnell. „Ich werde es Ihnen morgen erzählen.“ Einige Augenblicke stand er in Gedanken. Dann erhob er sich, durchquerte das Zimmer und stand an der Lehrerin Seite. „Frau Dallinger,“ sagte er ruhig, „ich möchte Sie um etwas bitten. Ich weiß, es wird Ihnen Schmerz bereiten, aber ich bitte Sie, mir zu erzählen, was Sie über den Mord wissen, den Ihr Mann beging.“

„Ich kann Ihnen nur wenig darüber sagen,“

erwiderte die Frau langsam. „Ich lag zu der Zeit schwer krank in Adelaide, und man hat mir erst davon erzählt, nachdem Monate darüber vergangen waren. Ich heiratete Mark Dallinger vor dreizehn Jahren. Ich war damals neunzehn und wurde für hübsch gehalten. Aber Marks Liebe war lange nicht so echt wie die meinige. Er wurde bald meiner überdrüssig und begann, mich schlecht zu behandeln. Einmal ging er darin ein wenig zu weit. Die Nachbarn begannen darüber zu reden, und die Geschichte kam meinem armen, alten Vater, der damals noch lebte, zu Ohren, und, alt wie er war, peitschte er meinen Mann öffentlich aus und nahm mich dann mit sich. Das nächste, was wir von Marks hörten, war, daß er in Ballarat unter dem Namen Alfred York wohne. Ungefähr nach einem Jahre schrieb er mir einen reuevollen Brief, erzählte mir, er habe in den Minen Geld verdient und schickte mir 50 Pfund Sterling. Er sagte mir, er sei im Begriffe, mit seinen Genossen andere, neuere Minen aufzufuchen, und wenn alles gut gehe, wolle er sehaft werden, und ein neues Leben beginnen, und er hoffe, ich würde dann zu ihm zurückkehren. Er sagte, er habe Goldstaub im Werte von 5000 Pfund Sterling bei sich, so daß wir ganz wohlhabende Leute sein würden. Bald darauf wurde mein Vater krank und verschied nach monatelangem Leiden. Dann brach auch ich unter dem Kummer und den Anstrengungen der Pflege zusammen und lag monatelang darnieder. Später erzählten sie mir, daß Mark nordwärts gegangen sei und daß er mit seinem Genossen in Streit geraten sei und ihn ermordet habe, wie man annahm, wegen seines Anteils am Golde. Dies geschah an einem einsamen Plage. Mertons Drive genannt, und so wurde die Leiche erst nach mehreren Tagen entdeckt. Obwohl der Kopf völlig vom Körper getrennt war, wurde doch festgestellt, daß es der Mann sei, der mit Alfred York durch einige Städte gewandert war. Seit jener Zeit, es sind nun zehn Jahre her, habe ich niemals wieder etwas von ihm oder über ihn gehört. Nach meiner Genesung widmete ich mich dem Lehrfache und vor acht Jahren erhielt ich diese Stelle in Broken Ridge. Ich behielt meines Mannes Namen, verbreitete aber den Glauben, daß mein Mann tot sei. Manchmal wünsche ich, es wäre der Fall!“

„Wenn Sie die Gewißheit hätten, daß er tot wäre, Frau Dallinger, würden Sie mich dann heiraten?“ fragte John Bretton ernsthaft.

„Ja, John Bretton, wenn ich es gewiß wüßte,“ sagte Frau Dallinger freundlich, „aber dieses „Wenn“ macht, was Sie wünschen unmöglich.“

„Noch eine Frage, Frau Dallinger,“ sagte John, „wüßten Sie, als Sie nach Broken Ridge kamen, daß es nur wenige Meilen von Mertons Drive entfernt liegt?“

„Ich wüßte es nicht bis vor einem Jahre.“

„Und wüßten Sie, daß der Kopf des Ermordeten niemals entdeckt wurde?“

„Nicht, bis der Schädel vor einer Woche gefunden wurde,“ sagte die Frau mit Schauern. „Es waren einige törichte Worte, die ich damals sprach, die die Welt darüber belehrten, daß ich eines Mörders Weib sei.“

„Würden Sie tapfer genug sein, der Verhandlung beizuwohnen, die morgen wegen des Schädels stattfinden wird, Frau Dallinger?“ fragte Bretton eindringlich.

„D, ich kann es nicht!“ rief die Frau entsetzt aus. „es denn notwendig, und ist es ratsam?“

„Es ist nicht notwendig,“ erwiderte Bretton, „denn man wird Sie nach nichts fragen. Trotzdem wünsche ich Ihre- und meinethwegen, daß Sie kommen.“

„Ich verstehe Sie nicht,“ sagte Frau Dallinger.

„Schadet nicht,“ entgegnete Bretton. „Werden Sie kommen, weil ich Sie darum bitte?“

„Ja, wenn Sie es wünschen, werde ich kommen.“

Das Gerichtsgebäude von Broken Ridge war gedrängt voll. Es ging das Gerücht, daß die Verhandlung wegen des bei Mertons Drive aufgefundenen Schädels sogar noch besser als ein Verhör sein werde, und ein Verhör stand in Broken Ridge beinahe in derselben Achtung wie ein Zirkus. Allerdings schien auch das Gerichtsgebäude selbst etwas Außergewöhnliches zu verschprengen, denn über jedem Fenster hing eine Rolle biden, schwarzen Tuches. Ihr Zweck wurde eifrig diskutiert, als der Bürgermeister erschien, worauf sofort allgemeine Stille eintrat.

\*) Der Coroner ist der gerichtlich bestellte Leichenbeschauer, rief John bestürzt aus.



**Neue Gesetze.** Der Ministerrat hat die Gesetze genehmigt, durch die Erleichterungen bei der Zahlung der allgemeinen Erwerbsteuer im Jahre 1923 gewährt werden, weiter ein Gesetz über den Markenschutz und schließlich ein Gesetz, durch welches das Gerichtsverfahren im Falle der Abwesenheit des Angeklagten von der Verhandlung geregelt wird. Alle diese Vorlagen werden in nächster Zeit dem Abgeordnetenhaus überreicht werden. Auch das Gesetz zum Schutze der Währung ist bereits fertiggestellt und wird dem Abgeordnetenhaus gemeinsam mit dem Gesetz zum Schutze der Einleger überreicht werden. Die Vorlage verbietet weiter direkte Kreditverhandlungen mit dem Ausland, wenn dabei der nominelle Kurs der tschechischen Krone geschädigt werden sollte. Technische Börsentransaktionen der Bankdirektoren, der Bank- und Sparassistenten und Angestellten, werden zum Teil verboten und zum Teil nur unter gewissen Bedingungen erlaubt. Alle Gewinne, die aus diesen Geschäften fließen, verfallen zugunsten des Staates. Schließlich wird auch die Ausgabe von Notgeld durch das Gesetz verboten.

**Die Tschechoslowakei und Ungarn.** Zum letzten tschechisch-ungarischen Grenzwirtschaftsfall wird mitgeteilt, daß das Ministerium des Auswärtigen bei der ungarischen Regierung eingegriffen ist. Die tschechoslowakische Regierung will diesmal, wie die „Lidove Noviny“ melden, so vorgehen, daß ihr auf jeden Fall Genugtuung wird. So wie dies bei der Ausweisung der tschechoslowakischen Staatsangehörigen aus Ungarn und Deutschland war, würde sie auch hier zu entscheidenden Mitteln greifen, wenn die Sache nicht möglichst bald erledigt wäre.

**Ausland.**

**Lügen eines Wiener Tschechenführers.** Der Wiener Landtagsabgeordnete Klimesch weilt vor einiger Zeit in Freistadt (Tschechien-Oberösterreich) und trug seinen gesinnungsverbundenen nationalsozialistischen Hörern allerlei Märchen über die Behandlung der Tschechen in Wien vor. In Wien selbst hätte er derartige plumpe Lügen nicht vorzubringen gewagt, weil ihm dort jeder Anwesende sofort hätte auf die Finger klopfen können, aber in Freistadt, so weit vom Schuß, kann man sich ja allerlei gestatten. Er erzählte also vom Genossen Blöck, daß dieser einmal geäußert habe, „er wäre bereit, den Tschechen das Reisegeld zu besorgen, wenn sie sich entschließen, Wien zu verlassen“. Ferner soll Genosse Blöck sich den ungläublichen Thymannstreich geleistet haben, „den tschechischen Lehrern in Wien zu verbieten, untereinander in ihrer Muttersprache zu sprechen“. Wie nicht anders zu erwarten war, erklärt Genosse Blöck in einem an uns gerichteten Briefe beide Äußerungen als „dreist erlogen“. Wie voll müssen doch die Tschechen Wiens ihre Schulforderungen befriedigt sehen, wenn sie es notwendig haben, um überhaupt anfragen zu können, zu derartig sinnlosen Verleumdungen zu greifen, denen man die Absicht der Erfindung auf tausend Meilen merkt! Wir wären froh, wenn wir hierzulande gegen die tschechische Schulverwaltung nichts anderes vorzubringen hätten, als derartige Fabeln. Aber leider trägt uns die Wirklichkeit Tag für Tag und Stunde für Stunde neuen realen Stoff zu Klagen vor und der Schulminister Bechyně ist nicht in der Lage, unsere Angaben durch die schlichte Feststellung, sie seien nicht wahr, aus der Welt zu schaffen.

**Der Geheimplatz Halbhuber.**

**Euthillungen über ärztliche Verbrechen im Weltkrieg.**

IV.

Am 5. Juni 1918 begann in Wien vor dem Divisionsgericht Kaschau die Hauptverhandlung gegen Prof. Dr. Ernst Sträußler wegen des Verbrechens der Ehrenbeleidigung unter Offizieren und wegen des Disziplinarvergehens der Umgehung des Dienstweges. Die Klage war von der Militäradvokatur erhoben, Halbhuber fungierte als „Berater“. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Als erster Zeuge im Beweisverfahren sagte Generalstabarzt Dr. Herrmann ganz so wie im Verfahren aus: es kam wiederholt vor, daß nach dem Befund des Spitals kein Leiden vorhanden war, obwohl es sich um kranke Mannschaftspersonen handelte. „Ich erinnere mich, daß

**Fälle von schwerer Tuberkulose als diensttauglich**

bezeichnet wurden.“ Die Gutachten waren im Widerspruch mit dem ärztlichen Denken und Fühlen. Der Generalstabarzt gab einige Proben aus der Praxis Halbhubers:

- Entzündungsprozess im Stirnknochen — tauglich, symptomatische Erscheinungen einer Geisteskrankheit — gesund
- Nervenschwäche höheren Grades — tauglich
- beginnende Lungentuberkulose — tauglich
- Herzhypertrophie — tauglich

Von den darnach Einberufenen bezeichnete Dr. Stach den Halbhuber als „im Verkehr roh und impulsiv“ und befähigte dessen leichtfertiges, willkürliches Vorgehen bei Konstatierungen. Stabsarzt Dr. Schlechta bestätigte, daß Halbhuber „in der Psychiatrie ein Analphabet“ war. Prof. Dr. Sträußler, der „Angeklagte“, führte den Beweis für seine Diagnose über den Geisteszustand durch die Anführung einer Fülle von Tatsachen, die er alle durch Dokumente erhärten konnte. In einem neuen Lichte erscheint da Halbhuber durch den Umstand, daß er einen Hauptmann, der sich mit Paralyse im Spital befand, in einen Ehrenrat kommandieren wollte, weil dies ja „ein leichter Dienst“ wäre und der Offizier dabei „ja nur zu sitzen brauche“. — Welch beispielloser Ignorant Halbhuber war, bewies

**Genosse Professor Biedl.**

der unter Eid aus sagte: „Ich schickte einen Soldaten, der mit der Diagnose „Eserodermie“ bereits vom Felde gekommen war, mit einem Zeugnis zwecks Durchführung der Superarbitrierung ins Garn. Spit. 11. Nach einiger Zeit traf ich diesen Mann und er teilte mir mit, daß er in die orthopädische Klinik zur Behandlung geschickt worden sei. . . Auf Befragen des Verhandlungsleiters gebe ich noch an, daß selbst ein sehr mittelmäßig ausgebildeter Arzt einen derartigen Fehlschritt nicht beachten darf und daß ich auch einen Hörer auf eine solche Antwort hin durchfallen lassen würde. Man sprach auch

nach viel mehr von den groben ärztlichen Fehlgriessen an den Verletzten. Der Ge-klagte hat auf der medizinischen Fakultät einen erstklassigen und einwandfreien Ruf.“

Schwer belastet wurde Halbhuber ferner durch die Aussagen des Feldwebels Göhl, des Assistentenarztes Dr. Popper und des Zugführers Rüh.

**Dozenten Dr. Oskar Fischer**

haben wir folgendes hervor: Beim Vorübergehen vor dem Prager Armenhause, wo sich nur Invalide mit fehlenden Gliedern befanden, äußerte sich Halbhuber einem Oberst gegenüber: „Die Leute dort mache ich alle noch frontdiensttauglich.“

Nach sah selbst einen Fall, wo Halbhuber das Phonedoskop über der Nase ansetzte, wobei man sah, daß in der Tasche noch etwas steckte und ein Hörrohr herunterhing. Wie ich mich später überzeugte, waren die Hörbläschen mit Ohrenschmalz verstopft und die Membrane ganz mindertüchtig.“

Dem Halbhuber wurde ein Mann mit einem Schädeldefekt als „zu keinem Dienst geeignet“ vorgestellt. Halbhuber war mit dieser Klassifizierung nicht einverstanden, weil der Mann nach seiner Ansicht „kräftig“ war, gab ihm die Mütze auf den Kopf und sagte: „Da schauen Sie: Wenn er die Mütze aufhat, sieht man nichts.“

Hier ist es wohl am Platze, daran zu erinnern, daß das „Prager Tagblatt“, das wir schon zitiert haben, am 5. November 1916 unter anderem schrieb: „Oberstabsarzt Halbhuber erfreut sich nicht nur in militärärztlichen Kreisen, sondern auch bei dem Prager Offizierskorps und der ganzen ihm unterstellten Mannschaft der größten Beliebtheit“. Ueber den „bellebtesten Chef“, der nach der lauffähigen Ansicht dieses Bürgerblattes „auch in Zivilkreisen sehr geschätzt“ war, sagte in der Hauptverhandlung vor dem Kriegsgericht unser verstorbener

**Genosse Professor Dr. Robert Kaudnit**

folgendes unter Eid aus: „Ich behandelte auf meiner Klinik seit März 1916 einen Mann namens Weidner, der bereits drei Jahre an Lungenempyematalektarkranke war. Ich konstatierte in der rechten Lunge ein große Höhle und in der linken zwei sichere Herde. Ich behandelte ihn mit einem Pneumothorax. Unter dieser Behandlung machte die Heilung gute Fortschritte, insbesondere durch den Aufenthalt des Mannes in Spindelmühl und das Fieber schwand vollständig

dig bereits im Oktober 1916. Im selben Monat machte er mir die Mitteilung, daß er sich der Musterungskommission vorstellen müsse. Ich gab ihm daraufhin ein Zeugnis, ließ ihn auf der Klinik Jaksch mit Röntgen beleuchten und es wurde konstatiert: „rechte Lunge einen Erguß von 500 Kubikzentim., linke Lunge vier tuberkulöse Herde“. Am 21. April 1917 telephonierte mir der Vater meines Patienten ins Garnisonsspital, daß dieser bei der Musterung als fehdiensttauglich erklärt worden sei. Da ich wußte, daß jeder Tag Aufenthalt in Prag den Zustand meines Patienten verschlechterte, begab ich mich persönlich zu Oberstabsarzt Halbhuber, schickte meine Militärkarte hinein und wollte mit ihm den Fall besprechen. Zuerst erklärte er mir, als ich darauf hinwies, daß der Mann doch ein ärztliches Zeugnis bei der Musterung mit hatte: „Sie haben gar kein Recht, Zeugnisse auszustellen“. Als ich sah, daß Halbhuber aufgeregt wurde, erklärte ich ihm, daß ich meine Bescheidwerde aus Militärkommando senden werde, sie ihm aber noch am nächsten Tage um halb elf Uhr vormittags, wo er mir versprach, in der Kasse anwesend zu sein, zur Kenntnis bringen wolle. Als ich hinkam, war Halbhuber nicht anwesend. Ich hinterließ die Beschwerte in einem geschlossenen Kuvert, adressiert an das Militärkommando, dem Halbhuber in der Kasse, sandte ein Exemplar an das Kriegsministerium und ein Exemplar an die Militärkanzlei. Am 23. April telephonierte mir Dr. Jaksch, ich möge meine Bescheidwerde zurücknehmen, da Weidner suberabtritiert wurde. Am 15. April telephonierte mich Jaksch noch einmal an, ich soll meine Beschwerte an das Kriegsministerium zurücknehmen. Doch ich erklärte, daß ich dies nur dann tun werde, bis ich offizielle Nachricht von Halbhuber über meinen Patienten habe. Anlässlich der Verleumdungsklage, welche Dr. Halbhuber aus diesem Anlaß gegen mich angehängt hatte, erfuhr ich, daß Dr. Kossol über den Patienten die Diagnose „Lungenempyematalektarkranke“ mit Schwartenbildung bei der Lungenbasis“ abgegeben hatte. Auf diesem Befunde steht noch „kein diensthin-derndes Leiden, korrigiert Oberstabsarzt Dr. Halbhuber“.

Am 26. April wurde Weidner mit Auto und Tragbare aus seiner Wohnung abgeholt und in das Militärspital aufgenommen. Bereits am 30. April wurden zahlreiche Tuberkeln in seinem Sputum gefunden und in dem darauffolgend abgegebenen Befunde Dr. Kossol wurde das Erguß von zirka 600 cm<sup>3</sup>, obwohl der Röntgenbefund vorhanden war, abermals nicht angegeben.

Trotzdem nach den damaligen Vorschriften die Konstatierung der Tuberkelbazillen für Entlassung hätte genügen müssen, kam Weidner doch nur von einem Spital ins andere. Den Patienten Weidner hatte ich unentgeltlich behandelt. Andere Differenzen hatte ich mit Dr. Halbhuber nicht und hatte mit ihm lediglich das ein mal, am 22. April 1917, anderthalb Minuten lang, anlässlich meiner Intervention im Garnisonsspital gesprochen. Um die Sache vor die Öffentlichkeit zu bringen, habe ich Dr. Halbhuber in einer Eingabe an das Kriegsministerium einen böswilligen Ignoranten genannt. Böswillig, weil er

„Meine Herren,“ sagte der Bürgermeister, „ich bin im Zweifel, wie ich die Verhandlung, in welche wir jetzt eintreten wollen, bezeichnen soll. Man kann sie kaum eine Untersuchung nennen, da wir eine solche schon vor zehn Jahren wegen des Körpers des Mannes, von dem wir annehmen, daß ihm der kürzlich gefundene Schädel gehört habe, angestellt haben. Inspektor Chort hat mir gewisse Argumente vorgetragen und er wünscht nun, dieser — dieser Versammlung von Mitbürgern einige interessante Beweismomente vorzulegen, die seiner Meinung nach Klarstellen werden, daß der Schädel Richard Somers gehörte, der vor zehn Jahren in Mertons Drive ermordet wurde. Sie wünschen, Herr Inspektor?“

„Ich sagte, ich würde beweisen, daß er dem ermordeten Mann gehörte,“ sagte der Inspektor. „Ganz recht, ganz recht,“ fuhr der Bürgermeister fort. „Inspektor Chort ist ängstlich besorgt, daß ich keinen Irrtum begehe. Wir müssen natürlich im Auge behalten, daß es im Bereiche der Möglichkeit liegt, daß der Schädel irgendeinem anderen Individuum gehört hat und nicht dem Ermordeten.“

Meine Herren! Ich betrachte dies nicht als eine formelle Untersuchung, aber ich habe doch den Coroner, Herrn Benner, gebeten, der Verhandlung beizuwohnen, damit er, wenn er es für nötig hält, nachher eine offizielle Leichenschau des Körpers — ich meine natürlich des Schädels — abhalten kann. Da Herr Benner erst seit sechs Jahren in unserem Distrikt wohnt, in welcher Zeit er zu der geachteten Stellung eines Stadtrates und Coroners emporgestiegen ist, bin ich sicher, er wird gern ein kurzes Resümee der ersten Leichenschau hören, und ich zweifle nicht, daß außer ihm viele in diesem Saale zum ersten Male davon hören werden. Meine Herren, vor zehn Jahren, am 17. März, kamen zwei Männer nach Broken Ridge, die ihre Namen als Alfred York und Richard Somers gaben. Wer sie waren und woher sie kamen, hat man nie erfahren. Man wußte nur, daß sie Goldgräber waren und daß jeder eine große Menge Goldstaub besaß. Sie blieben eine Nacht im Grand Hotel. Beide Männer waren wohlgestaltet, aber in ihrem Wesen waren sie sehr verschieden. Der eine war roh und heftig und trug ein rotes Hemd und keinen Kragen. Der andere

glich mehr einem Dandy und war mit mehr Sorgfalt gekleidet. Es war der letztbezeichnete Mann, der einen so plötzlichen Tod fand. Am nächsten Morgen bezahlten sie ihre Rechnung, verließen zusammen das Hotel und wurden dann auf dem Wege nach Mertons Drive von einem Mann, Jack Rowley, der inzwischen gestorben ist, gesehen. Seitdem hörte man nichts mehr von ihnen, bis der Körper des besser gekleideten Mannes, Richard Somers, einige Tage später tot in Mertons Drive aufgefunden wurde. Der Kopf war völlig vom Körper getrennt und wurde nie entdeckt, aber von dem jetzt gefundenen Schädel nimmt man an, daß er derjenige des Ermordeten ist. Vor zehn Jahren wurde Alfred York wegen Mordes verurteilt, es gelang aber nie, ihn zu verhaften. Meine Herren! Ich bitte nun Herrn Inspektor Chort, den Beweis anzutreten.“

Inspektor Chort war ein gewandter kleiner Mann, der schnell ans Werk ging. Zunächst wurden die Zeugen aufgerufen, die über die Auffindung des Schädels berichten sollten. Dann wandte sich der geistreiche kleine Inspektor leicht lächelnd an den präsidierenden Bürgermeister.

„Euer Ehren,“ sagte er, „ich werde Ihnen jetzt einige Beweismittel unterbreiten, die Sie in den Stand setzen werden, den Schädel, den Sie hier auf dem Tische vor sich sehen, zu erkennen. Ich bitte John Bretton, vorzutreten.“

„Sie sind Photograph?“ fragte er. „Natürlich.“

„Am 17. März vor nunmehr zehn Jahren photographierten Sie zwei gerade angekommene Männer, welche ihre Namen als Alfred York und Richard Somers gaben?“

„So ist es.“

„Es war dieser Photographie zu danken, daß der Körper des Richard Somers einige Tage nach dem Mord identifiziert wurde?“

der Gerichtshof war in Dunkel gehüllt, nur ein paar Gasflammen brannten. Eine weiße Leinwand wurde am Ende aufgerichtet und in der Mitte des Saales ein Gefäß mit einer Laterna magica aufgebaut. Bald darauf erschien eine Scheibe weichen Lichtes auf der Leinwand und die anderen Flammen wurden niedergebret. Mit verblüffender Schnelligkeit wurde eine vergrößerte Photographie des Schädels auf die Wand geworfen, und man hörte deutlich John Brettons Stimme in dem schweigenden Saale. „Dieses, meine Herren, ist eine Aufnahme, die ich kürzlich von dem Schädel gemacht habe, von dem behauptet wird, daß er Richard Somers gehöre.“

Dann verschwand der Schädel, und nach wenigen Augenblicken erschien an seiner Stelle das Antlitz eines schönen Mannes. „Dieses, meine Herren, ist das Bild, das ich von Richard Somers am 17. März anfertigte.“ Minutenlang war jedes Auge auf die Wand gerichtet und viele schienen so des schönen Gesichtes zu erinnern. Selbstverständlich beschränkte sich dieses nicht auf die älteren Einwohner.

„Meine Herren!“ fuhr John Brettons klare Stimme fort, die Stellung, in der ich den Schädel photographierte, war identisch mit der Stellung, in der Richard Somers Kopf gehalten wurde. Ich werde jetzt beide Photographien gleichzeitig auf die Wand werfen, die eine über die andere und doch beide zugleich sichtbar, und ich bitte Sie, zu beachten, daß die Zähne, besonders die Zähne und Augen, nicht aufeinander passen und im Schädel nicht am rechten Platz zu sein scheinen.“ Unter lautloser Stille begann das Gesicht auf der Leinwand in der Gegend von Augen und Mund zu verschwinden und einen geisterhaften Ausdruck anzunehmen. Möglich konnte man den Schädel deutlich unter dem lächelnden Gesichte erblicken, aber, wie John gesagt hatte, die Augen waren nicht genau in den tiefen Augenhöhlen des Schädels. Auch die Zähne und Kinnbacken paßten nicht genau zu Kinn und Mund.

„Meine Herren!“ sagte John, „ich werde jetzt das Gesicht mit einem anderen vertauschen und bitte Sie, genau auf die Veränderungen zu achten.“ Allmählich veränderte sich das Gesicht, und die Zähne fügten sich so verblüffend genau den Knochen an, daß die Wirkung eine schauerlich geisterhafte

war. Es sah aus wie ein von dem gespenstigen Bilde eines lebenden Gesichtes umgebener Totenkopf!

„Meine Herren!“ sagte John, „dieses ist das Gesicht des Mannes, dem, wie ich behaupte, der Schädel gehört. Lassen Sie mich den letzteren entfernen und Ihnen die Gesichtszüge von Alfred York zeigen, oder, um ihm seinen rechten Namen zu geben, von Mark Dallinger, dem Chemann unserer Schullehrerin, die kürzlich als die Frau eines Mörders gebrandmarkt wurde, wo man sie als die Frau eines Ermordeten hätte bemitleiden sollen.“

Donnernder Applaus folgte dieser Erklärung, und hätte John nicht einen Schieber mit den Worten „Es kommt noch mehr!“ bereit gehabt, würde die ganze Versammlung sich aufgelöst haben vor lauter Eile, die schöne Lehrerin von Broken Ridge um Verzeihung zu bitten. Die Ruhe wurde schnell wieder hergestellt, und wieder erklang Johns Stimme über der Menge.

„Es kommt noch etwas, meine Herren,“ sagte er. „Ich möchte Ihnen noch einmal das Bild von Richard Somers zeigen, den wir nun als den Mörder bezeichnen können. Vielleicht werden Sie ihn erkennen.“ Wieder erschien das erste schöne Gesicht, und alle strengten ihre Augen an. „Geben Sie acht,“ sagte Bretton, „ich werde jetzt ein anderes, neueres Bild desselben Mannes darüberlegen. Beachten Sie, wie Haar und Bart das Gesicht verändern, aber wie wenig die Zähne wechselten.“ Langsam begannen Haar, Kinn und Oberlippe dunkler zu werden, und nach wenigen Augenblicken erschollen wilde Rufe aus der beobachtenden Menge. „Ich erkenne ihn jetzt! Ich kenne ihn!“ — Es ist Benner, der Coroner!“ schrie es laut. Im Ru waren die schwarzen Vorhänge heruntergerissen. Aber der Coroner war verschwunden. Sein Sitz war leer.

Unter den ersten, die vortraten, um Frau Dallingers Hand zu erfassen, war der Bürgermeister und Vorsitzende der Schulbehörde. „Gewahren Sie mir Verzeihung, meine liebe Frau Dallinger,“ sprach er. „Sie denken doch natürlich jetzt nicht daran, die Schule zu verlassen?“ „Ich fürchte doch,“ sagte John Bretton ruhig, „denn sie hat eine Lebensstellung bei John Bretton angenommen.“



zur verabredeten Stunde nicht anwesend war, die Beschwerde, die ich ihm zur Weiterleitung ans Militärkommando ließ, nicht weitergeleitet hatte und mir die irrtümliche Meinung beibringen wollte, daß ich als Zivilarzt kein Recht habe, ärztliche Zeugnisse zu schreiben, Ignoranz deshalb, weil er bei einem Menschen, der sich nicht einmal bewegen konnte, schrieb: „sein dienst-hinderndes Leiden vorhanden“. Diese Sache wurde jedoch durch eine Ehrenerklärung meinerseits bei Gericht später aus der Welt geschafft.“

Soweit Prof. Dr. Raudnig, dessen Angaben wohl keines Kommentars bedürftig. — Gegen Halbhüder sagten ferner aus: Generalstabsarzt Dr. Prastich, Dr. Pettschirka, Obl. Farksh, Dr. Vichtenstein, Dr. Zeißberger, Dr. Sachs, Dr. Mayer, Dr. Schimek, Inf. Riffka, Dr. Pilz, Dr. Majewsky, der Jugosf. Kindermann, Dr. Stern, Dr. Stepler, Adv. Lemius, Oberstabsarzt Albrecht, Prof. Stranský, Dr. Bappenheim, Dr. König Major Reiffig und die bescheiden Sachverständigen Prof. Dr. Wagner-Jauregg, Prof. Dr. Stranský, Prof. Pilz und Oberstabsarzt Dr. Albrecht.

Das Material, das die Benannten gegen Halbhüder lieferten, war erdrückend: Ihre Aussagen und die anderen von uns nur zum geringsten Teil zitierten Äußerungen der früheren Zeugen konnten von Halbhüder fast in keinem Falle stichhaltig entkräftet werden. Eine furchtbare Gericht für Halbhüder und das von ihm so typisch vertretene System des bestialischen k. k. Militarismus war diese Hauptverhandlung in Wien. Und doch fand Halbhüder, fand die Bestialität Anwälte an einigen Ärzten, deren Namen für immer festgehalten werden müssen. Es sind dies vor allem:

**die Univ. Professoren Dr. Hermann Schloffer, Dr. Anton Elschmig und Dr. „Ritter“ von Jaksch.**

Mehr als 25 Ärzte legten Zeugnis ab, daß Halbhüder ein großwahnsinniger Ignorant ist, der Anzeichen von Paralyse erkennen ließ und überdies Fehldiagnosen stellte, die es verwunderlich erscheinen ließen, daß er überhaupt den Doktorgrad erreicht hatte.

**Professor Schloffer**

von der Prager deutschen Universität aber sagte über ihn aus:

„Ich halte ihn für einen normalen Menschen. Ueber seine ärztlichen Kenntnisse kann ich keinen Aufschluß geben. Privat habe ich mit ihm nicht, dienstlich sehr selten verkehrt. Ich habe keine Lücken seines Wissens bemerkt.“

So die Aussage eines bedeutenden Arztes über einen „Kollegen“, von dem es die Prager Spähen piffen, daß er ein Schwachkopf und Alphabet auf dem Gebiete der medizinischen Wissenschaft war! Ja, es gab eben unter den Ärzten und Professoren während der Kriegszeit eine beträchtliche Menge, die wußten, was sie dem „Alerhöchsten Dienste“ schuldig waren. Das zweite markante Beispiel für diese Kategorie habsburgstreuen Ärzte ist

**Dr. Anton Elschmig**

Universitätsprofessor in Prag, damals Rektor und stets strammer Deutschnationaler.

Dieser machte folgende Aussage:

„Ich habe auf meiner Klinik eine Reihe von Zimmern für Verwundete bereitgestellt. Ich habe aus diesem Anlasse die ausgezeichnete Arbeitskraft, das Organisationsstalent und das hervorragende Gedächtnis des Verletzten kennen gelernt. Ich habe den Eindruck, daß ein Komplott gegen den Verletzten bestand, an dem auch der Angeklagte teil hatte. Auf die Frage des Verteidigers, woraus er das schließt, gab Prof. Elschmig zur Antwort: „Das ist doch klar aus der Eingabe des Angeklagten.“

Verhandlungsleiter: „Und haben Sie Beweise, daß der Angeklagte in diesem Komplott ist?“

Elschmig: „Natürlich, sonst wäre er als Angeklagter nicht da. Wenn jemand über seinen Vorgesetzten eine solche Anzeige macht! Daß der Verletzte Trachom und Glaukom in der Diagnose verwechselt hätte, halte ich für nicht möglich.“

**Rechtlosigkeit** — das ist der geringste Vorwurf, den sich Prof. Elschmig mit dieser seiner Zeugenaussage verdient hat. Gegen einen allmächtigen k. k. Oberstabsarzt und Spitalkommandanten durfte ein Untergebener keine Anzeige erstatten, auch dann nicht, wenn es sich um einen geistig minderwertigen Schädling handelte, der Syphilitiker an die Front schickte und Schwerverrannte als Simulanten vor das Kriegsgericht brachte. So etwa argumentierte wohl der damalige Rektor der Prager deutschen Universität. Er betonte die „Arbeitskraft“ Halbhüders, der ja auch wirklich Unerreichtes leistete, indem er Frontsoldaten förmlich aus dem Boden stampfte, sein „Organisationsstalent“: die Fachärzte seiner Trupel-Losigkeit untertan zu machen, sein „hervorragendes Gedächtnis“, das so großartig funktionierte, daß ihm dieselben Kranken zweimal vorgelesen werden konnten und daß ihn morgen total vergessen ließ, was er heute gesagt hatte! Wirklich wader dieser Elschmig, der im alten Oesterreich noch besser zu kämpfen verstand als bei den Krawallen hakenkreuzlerischer Studenten im Vorjahre.

Den Vogel aber schloß ein anderer ab:

**„Hofrat“ Professor Dr. „Ritter“ von Jaksch.**

Vorstand der internen Abteilung an der Prager deutschen Klinik.

Dieser „Edelmann“ leistete sich folgende Zeugenaussage:

„Ich hatte Gelegenheit, sehr viel mit Halbhüder zu verkehren und hatte selten einen Militärarzt gesehen, der seinen Dienst so streng und so charaktervoll und einsichtsvoll genommen hätte. Ich kannte ihn als Kommandanten des Garnisonsspitals und ich kann behaupten, daß ich mit Ausnahme des Generalstabsarztes Schwarz keinen so ausgezeichneten Spitalkommandanten kennen gelernt habe. Von irgendeiner Geistesstörung habe ich nie etwas an ihm bemerkt. Bezüglich der Tuberkulose hat Halbhüder seine eigenen Anschauungen, aber die sind richtig, denn auch ich schicke Leute mit aktiver offener Tuberkulose und Fieber ins Feld; wenn der Mann geschont wird, keine Anstrengungen hat, wenn er gut genährt wird, nicht im Staube ist und warme Unterkünfte hat, so heilt die Tuberkulose sehr gut aus!

Lücken im ärztlichen Wissen des Halbhüder habe ich nicht bemerkt, Halbhüder ist ein ungemein humaner, energischer Mensch, ein für seine Aufgabe ausgezeichnet vorgebildeter Arzt; er kann nicht alles wissen und auch ich weiß nicht alles und lasse vieles durch meine Assistenten studieren.

Ich habe den Eindruck, daß gegen Halbhüder vom ersten Augenblick an ein Kesseltreiben inszeniert wurde, und zwar wegen seiner Energie, denn energische Leute werden nicht geliebt. Im Spital war zur Zeit der früheren Kommandanten eine kolossale Unordnung, es gab viele Drückeberger und nationale Momente spielten auch eine Rolle, Prag ist eben ein heißer Boden.

Herzfehler wurden von Halbhüder sehr genau und gewissenhaft untersucht und ich habe mich selbst so häufig von dem humanen Vorgang des selben überzeugt.“

Frage des Verteidigers: „Also, Sie meinen, Herr Hofrat, wenn man Soldaten mit offener Tuberkulose an die Front schickt, in tadelloser, warmer Unterkünfte gibt, sie schon, nicht überanstrengt und gut nährt, vielleicht gar mit Milch und Butter, wenn man sie vor Erkältung schützt, dann heilt die Tuberkulose; ist ihnen etwas über die Errichtung von Frontsanatorien für Tuberkulose bekannt?“

Jaksch (bestürzt): „Nein.“  
Verhandlungsleiter: „Ich danke, Herr Zeuge.“

Dem Herrn Hofrat Ritter von Jaksch ist die Geschichte wenig gnädig: die Dokumente aus dem Geheimprozeß Halbhüder sind zu seinem Unglück nicht verloren gegangen und so brandmarken sie neben Halbhüder auch ihn, fünf Jahre nach Krieg und Kriegsgericht, für ewige Zeiten als skrupellosen Helfershelfer des menschenmordenden k. k. Militarismus. Das Unglück tausender Menschen, das dieser Halbhüder auf dem Gewissen, der als personifizierter Schrecken vier Jahre lang in Prag hauste und Jaksch hatte die Stirne, ihn vor dem Kriegsgericht als den „ausgezeichnetsten Spitalkommandanten“ zu preisen. Dem Gelehrten, dem Wissenschaftler Jaksch schienen die verbrecherischen Methoden dieses grauenvollen österreichischen Militärarztes recht und billig und er scheute sich nicht, auszusprechen, daß er die Anschauungen und die Vorgangsweise Halbhüders billigte, denn auch er schickte Leute mit aktiver offener Tuberkulose und Fieber ins Feld. Man muß sich die unzähligen, furchtbaren Leiden der Soldaten an der Front und im Schützengraben voll ins Gedächtnis zurückrufen, um die beispiellose Frivolität und Unmenschlichkeit ganz ermessen zu können, mit der Jaksch schwer tuberkulöse, fiebernde Soldaten gewissermaßen zur Kur der Schlachtabank auslieferte. Man muß nicht draußen gestanden sein, um zu wissen, daß der Krieg keine Schonung kannte, von der der Herr Professor faselte, daß Hunderttausende Menschen, die „heil und gesund“ ins Feld gegangen waren, durch die unsäglichen Anstrengungen, die sich nur Hofrat Jaksch in Prag wegdenken konnte, an schrecklichen, zum Teil unheilbaren Leiden erkrankten. Der Ritter Jaksch erklärte im Namen der Wissenschaft den Felddienst als Heilmittel gegen Tuberkulose, wenn die Kranken im Felde nur gut genährt, nicht im Staube und in warmen Unterkünften sind. Diese Worte wagte der denkwürdige Universitätsprofessor im Sommer 1918 zu sprechen, da der Hunger an der Front zur selbstverständlichen Erscheinung geworden war, da die Feldsoldaten oft Tag für Tag nichts

als ein Viertel oder gar ein Achtel Brot erhielten! Vier Jahre lang lagen die „Feldgrauen“ in dreifachen Schützengraben, den sie sich selber bauen mußten, die im Frühjahr unter Wasser standen und im Winter eisig kalt waren. Der Herr Professor Jaksch plädierte für warme Unterkünfte, dieweil in vier Kriegswintern die Glieder Zehntausender erstoren und in Gefecht und Vormarsch Hunderttausende Gefunder, die nicht die Kugeln und Granaten trafen, an den Strapazen jämmerlich wie Vieh zugrunde gingen. Das war nach Jaksch aber eine treffliche Gelegenheit, Schwerverrannte von ihren Leiden zu befreien und wer wie Halbhüder Nervenanfälle, Dersleidende, Epileptiker und Syphilitiker an die Front peitschte, erwartete sich vom Manne der Wissenschaft, Hofrat Prof. Dr. Ritter v. Jaksch, den Titel eines ungemehin humanen und gewissenhaften Arztes. Wie sehr sich Jaksch mit Halbhüder solidarisch fühlte, mag man übrigens auch nach dem ermessen, was aus jenen Zeilen spricht, die wir oben aus der Aussage des Professors Raudnig wiedergegeben haben: wie eifrig war doch Hofrat Jaksch besorgt, unseren verstorbenen Genossen, der es eben mit seiner ärztlichen und menschlichen Pflicht sehr genau nahm, von seiner Beschwerde an das Kriegsministerium zurückzuhalten! Zweimal telephonierte Jaksch dem Prof. Raudnig an, um ihn umzustimmen, allerdings vergeblich. Ist es nicht mehr als sonderbar, daß sich Prof. Jaksch gar so sehr zum Schützer Halbhüders aufwarf?

Jaksch hatte kaum sein Zeugnis abgelegt, als er vom Verteidiger des „Verbrechers“ Sträußler schon eine Antwort erhielt, die ihn verstummen machte. Und der Spruch des Kriegsgerichtes, der mit Bedacht der Mittwelt verheimlicht wurde, war schon das erste vernichtende Urteil für die Halbhüder und Jaksch, für das ganze verbrecherische System, in dessen Namen Millionen gesunder und kranker Menschen hingerichtet wurden. Prof. Sträußler wurde vom k. u. k. Kriegsgericht freigesprochen und in der

**Begründung des Urteils**

dieser sonst unbarmherzigen, selber suchbeladenen, weil todbringenden Institution, heißt es unter anderem:

... Denn wenn das Kriegsgericht aufgrund der Angaben einer Reihe von vollkommen glaubwürdigen Zeugen, wie ... und der zur Verlesung gebrachten Akten des k. u. k. Divisionsgerichtes in Prag Dst. 2164/13 als festgestellt und erwiesen annehmen mußte, daß Verlehter viele vom medizinischen Standpunkt als schwer krank zu bezeichnende Mannschafspersonen und Offiziere als kriegsdienstunfähig erklärt, einen mit progressiver Paralyse behafteten Offizier für den Ehrenrat begutachtet und ihm kein Avancement vortrückt, Kranke, ja selbst Geistesranke auf Grund des ersten, eine nähere Prüfung nicht enthaltenden Lugenscheines nur nach ihrem Gesamteindruck begutachtet, auf Grund der Auskultierung mit dem Phonedoskop über die Klavier und selbst nur mit einem Höhrrohr Qualifikationen feststellt oder Abänderungen von Befunden und Gutachten vornimmt, eine Krankheit mit der anderen, wie Syphilis mit Blattern und andere solche verwechselt, einen vermeintlich mit Blattern Erkrankten ohne jede Vorsichtsmäßregel in eine öffentliche Ambulanz sendet, die Zitterer und Stotterer durchwegs als Simulanten bezeichnet, die Herzfehler nur als Herzneurosen anerkennt, blödsinnige Mannschaf, wie den Anstella, als Munitionsarbeiter heranziehen will, Befunde und Diagnosen der ihm unterstellten Fachärzte in Anwesenheit der Konstatierten einreicht, nicht nur Mannschafspersonen, sondern auch Offiziere, die vor ihn zur Konstatierung kommen, durch rituelles Behandeln in Gegenwart von Mannschafspersonen zum Weinen bringt, Erlasse und Anordnungen der vorgefetzten Behörden unrichtig aufsaßt, in manchen Fällen vergeblich ist und in seiner Mutterprache verfaßten antiken Eingaben stilistische und orthographische Fehler macht, sogar in ihm nicht bekannten Spezialfächern vermeintliches Wissen behauptet, vor ihm zur Konstatierung erschienene ranke Offiziere als Simulanten bezeichnet und ihnen mit strafgerichtlicher Anzeige droht, ja sogar nach einer aufgestellten Fehldiagnose der „simulierten Stummheit“ dem diesen Mann strafgerichtlich verfolgenden Militärgericht die Erklärung, daß nur eine Fehldiagnose aufgestellt wurde, zu geben unterläßt und durch ausweichende Beantwortung der ihm vom Militärgericht zugekommenen Fragen, vor wem er Stummheit simuliert hat, trotz Aufmerksammachung durch den Facharzt, daß der Mann nur in der Aufregung seinen Namen nicht, nennen konnte, diesen Mann in weiterer Untersuchung läßt, — so muß doch behauptet werden, daß solche Prämissen genug schwerwiegend sind, um einem Psychiater Zweifel an dem normalen Geisteszustand eines solchen Spitalkommandanten aufzubringen, was das Kriegsgericht auf Grund der diesbezüglich übereinkommenden Gutachtender Sachverständigen als erwiesen angenommen hat.

So wie der Prozeß gegen Sträußler zum Prozeß gegen Halbhüder ward, so war der Freispruch des Angeklagten zugleich das vernichtendste Urteil über den unfähigen, unmenschlichen und schwachköpfigen Sabiten, der so grauig-großartig das System des österreichischen Militarismus repräsentierte. Trotz dieses Urteils aber, das ja nur ein schwacher Ausdruck der öffentlichen Meinung war,

blieb dieser furchtbare Oberstabsarzt mit dem unvergleichlichen Namen weiterhin noch in Amt und Würden, bis beim Ausbruch der Revolution diese Kroat mit Schimpf und Schande davongejagt wurde. Mit Schimpf und Schande brach das alte Oesterreich, das solche Genfer brauchte und züchtete, zusammen und die Völker jauchzten auf, als sie sich von den qualvollsten Fesseln befreit sahen. Das ungeheure Geschehen im Herbst 1918, das plöbliche Ende des Chaos bewirkte es, daß mit vielen der Schuldigen nicht jene Abrechnung vorgenommen wurde, die sie verdient hätten. Und so sank vieles in das Reich der Vergessenheit, was noch des Urteils eines höheren Gerichts, des Gerichtes der Geschichte, harrete. Wir glauben, mit der Enthüllung der Dokumente des Halbhüder-Prozesses für das Urteil der Geschichte über Oesterreich und seine Diener, sie mögen nun Halbhüder, Jaksch oder Elschmig heißen, mancherlei Wertvolles beigetragen zu haben.

Mit dem Untergang des Habsburgerreiches und mit dem Ende des Weltkrieges, der das System des Militarismus zur vollendeten, gigantisch-grauenvollen Blüte gebracht hat, ist aber nicht das Ende des Militarismus gekommen. Nicht nur in Oesterreich, sondern in allen kriegsführenden Staaten, spielten sich die unzähligen Tragödien ab, deren einige wir hier geschildert haben, traten Menschen auf die Bühne, die vom Blute der Millionen tröffen. So wie Oesterreich hat in den Jahren 1914 bis 1918 die ganze Welt ihre Halbhüder gehabt und diese werden nicht aussterben, solange diese Weltordnung, solange der kapitalistische Imperialismus besteht, dessen festeste Stütze und tauglichste Wehr eben der Militarismus ist. Der Fall Halbhüder sei der Menschheit nur eine der furchtbaren Lehren, die zur Bekämpfung dieser Gesellschaft zwingen.

**Der Existenzkampf der chemischen Arbeiter.**

Seit Mittwoch, den 11. April stehen vier-einhalbtausend chemische Arbeiter im harten Abwehrkampf gegen ihr Unternehmertum. Der größte Teil von ihnen befindet sich in Ruffig und Umgebung, wo die drei größten chemischen Betriebe der Tschechoslowakei, die Ammonialsodafabrik in Nestomih, der Verein für chemische und metallurgische Produktion sowie die Schichtwerke konzentriert sind. In diesen drei Betrieben allein sind 3800 Arbeiter von dem Kampfe betroffen. Dazu kommen in Ruffig noch die Arbeiter von vier kleineren Betrieben mit je rund 40 Arbeitern und als vierter Großbetrieb die Arbeiterschaft der Centrawerke in Kriskowitz mit 620 Arbeitern.

Der Kampf ist gewaltig genug, die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft der Tschechoslowakei auf sich zu lenken. Um ihn zu verstehen, ist es nötig, kurz die Ereignisse zu rekapitulieren. Am 15. Februar l. J. kündigte die Fachgruppe der chemischen Industrie den mit dem Internationalen Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie und dem Internationalen Metallarbeiterverband abgeschlossenen Kollektivvertrag vereinbarungsgemäß zum 1. April 1923. Gesah noch die Kündigung ordnungsgemäß, so war schon der nächste Schritt der Unternehmung ein Vertragsbruch. Vertragsgemäß hatten sie vierzehn Tage vor Ablauf des Vertrages, also längstens am 15. März, den neuen Vertragsentwurf dem anderen Kontrahenten vorzulegen. Der neue Entwurf wurde jedoch erst mehrere Tage nach der verstrichenen Endfrist übermittelt, wodurch sich dann die Verhandlungen so in die Länge zogen, daß es unmöglich war, bis 1. April den neuen Vertrag abzuschließen. Er wurde dann bis 4. April verlängert, doch auch bis dahin war eine Einigung unmöglich.

Die Schwierigkeiten des Vertragsabschlusses wurden durch die Unternehmung verursacht. Sie legten einen Entwurf vor, der geradezu eine Herausforderung der gesamten Arbeiterschaft bedeutete. Alles, was sich die Arbeiterschaft an Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses in den drei vorher abgeschlossenen Kollektivverträgen erungen hatte, sollte mit einem Schlag beseitigt werden. Zunächst wurde der Versuch unternommen, auf dem Umweg über die Ausschaltung der Reinigungsarbeiten aus der normalen Arbeitszeit den Achtstundentag zu umgehen und fast zu beseitigen. Durch Betriebsstörungen entfallene Arbeitsstunden sollten ohne Entschädigung nachgearbeitet werden. Der Urlaubanspruch sollte von bisher zwölf Tagen Maximum auf sechs Tage heruntergesetzt werden. Die Festsetzung der Alltagspreise sollte nur durch die Unternehmung erfolgen, die Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Vertrauensmänner völlig ausgeschaltet werden. Daß diese Annahmungen den gesetzlich gewährleisteten Rechten der Betriebsausschüsse widersprach, künmerte die Unternehmung wenig. Die Bezahlung der Ueberstunden, der Nacht- und Sonntagsarbeit sollte durchweg um die Hälfte herabgesetzt werden. Die Nachschichtzulage sollte entfallen. Unter dem Vorwand der Vereinheitlichung des Lohnsystems, gegen welche die Arbeiterschaft an sich nichts einzuwenden hat, sollte der ungeheuerlichste Lohnabbau durchgeführt werden. Abgesehen von einer Herabsetzung der Grundlöhne sollten alle bisher gewährten Zulagen entfallen. Ein Lohnabbau von 15 bis 45% wäre die Folge gewesen.

Die gesamte Arbeiterschaft lehnte sich in großen Betriebsversammlungen gegen die Forde-



rungen der Unternehmer auf. Es begannen die Verhandlungen. Manche ihrer Forderungen hatten die Unternehmer offenbar nur zu dem Zwecke gestellt, um sich etwas abhandeln zu lassen, in der Hoffnung, daß sie dann durch diese „Konzessionen“ die Arbeiter eher zur Zustimmung zu ihren Plänen gewinnen könnten. Aber man verkehrt so mit Leuten, die sich aufs Handeln einstellen, nicht aber mit einer klaffenbetreffenden Organisation, die die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten hat. Die Urlaubsfrage wurde im Zuge der Verhandlungen in einem etwas günstigeren Sinne gelöst. Der Urlaubsanspruch sollte wieder mit zwölf Tagen erneuert werden, die Bezahlung für die beiden Sonntage jedoch weggelassen. Die Kinderzulage sollte wieder im alten Ausmaße gewährt werden, auch die Professionistenzulage bis zu einem gewissen Grade — nur bis zu 8% des Lohnes, was eine durchschnittliche Herabsetzung von 10 h pro Stunde bedeutete — bezahlt werden. Von der Kinderzulage und der Erziehungszulage wollten die Unternehmer jedoch absolut nichts wissen, ebenso wollten sie sich den alleinigen Anspruch auf die Festsetzung der Akkordpreise sichern.

Dazu kam noch ein schwerer Konflikt in der Frage der Bezahlung der Kurzarbeiter. Die Unternehmer hatten sich bisher geweigert, die in anderen Branchen eingeführten staatlichen Arbeitslosenunterstützungen bei Kurzarbeitern auf dem Wege der Refundierungen zu bezahlen. Die Arbeiter mußten sich also bei der Kurzarbeit auf andere Weise schadlos halten und so wurde vereinbart, daß die erste zehnprozentige Lohnherabsetzung vom Herbst 1921 für die Kurzarbeiter nicht gelten sollte. Das lehnten die Unternehmer ab.

Die Vertrauensmänner berieten über die Entwürfe der Unternehmer. Unter erheblichen Opfern arbeiteten sie selbst einen neuen Lohnentwurf aus, der bereits Lohnherabsetzungen enthielt; die Unternehmer bekarrten auf ihren letzten Vorschlägen. Als die Arbeiterschaft definitiv ablehnte, drohten sie mit dem Diktat. Noch ehe das Diktat angeschlagen war, wurde es schon von unserem Kuffiger Parteiblatt mit einem vertraulichen Rundschreiben an die Unternehmer, aus dem ihre Schuld klar hervorging, veröffentlicht. Die Unternehmerratsgruppe selbst gab darin zu, die Verhandlungen abgebrochen zu haben und sie leistete sich die Ungehörlichkeit, das Betriebsausschüssegesetz zu einem Fegen Papier zu degradieren.

Unterdessen war die Arbeiterschaft der Solvawerke in Mostomij am 5. April aus Empörung über das Vorgehen in einen Streik getreten. Die Organisation hatte von diesem Streik nichts gewußt und ihn nicht befürwortet. Die Unternehmer nützten die Situation und erklärten die Organisation als vertragsbrüchig, obwohl der Vertrag ja bereits am 4. April abgelaufen war und die Unternehmerabsichten schon allgemein zur Kenntnis gelangten. Die Firma Schicht kündigte ihren Arbeitern wegen Soda-mangel die Entlassung auf Montag, den 9. April an, die chemische Fabrik in Kuffig drohte ebenfalls mit größeren Entlassungen, wenn der Betrieb bei Solvaw nicht ausgenommen würde. Samstag, den 7. April kam es über Auftrag des Ministeriums für soziale Fürsorge in Kuffig zu Verhandlungen, denen die Gewerkschaften von Teplich und Tetschen sowie Vertreter der politischen Bezirksverwaltung Kuffig beiwohnten. Es wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach die unterdessen ausgehängten Diktate der Unternehmer um eine Woche hinausgeschoben werden sollten, unter der Voraussetzung, daß die Arbeit Montag überall aufgenommen würde. Die Arbeiter sollten sich indessen sofort die Familienzulage abziehen lassen, sonst hätten die alten Vertragsbestimmungen in Kraft zu bleiben. In der Zwischenzeit, da das Diktat aufgehoben war, sollten die Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag zu Ende geführt werden. Die Vertreter der Arbeiter unterzeichneten die Vereinbarungen mit dem Vorbehalt der Annahme durch die Arbeiter, bzw. die Vertrauensmänner selbst. Die Entscheidung lag bei den Solvawarbeitern. Sie lehnten die Vereinbarung ab, da sie darin eine Verschleppungstaktik der Unternehmer, in dem sofortigen Abzug der Familienzulage ein Präjudiz für die Vertragsverhandlungen sahen. Damit war auch die Stellung der Vertrauensmänner der übrigen Betriebe gegeben, sie konnten die streikenden Solvawarbeiter nicht im Stich lassen.

Die Schichtwerke hatten unterdessen, schon in Kenntnis der Ablehnung der Vereinbarung durch die Solvawarbeiter die Kündigung der gesamten Belegschaft rückgängig gemacht. Die Arbeiter versammelten sich Montag früh zur Besprechung der Situation und beschloßen die Wiederaufnahme der Arbeit, was auch noch im Laufe des Montagvormittags geschah. Die Werke liefen jedoch nachmittags die Belegschaft durch eine neue Kundmachung wissen, daß sie die Kündigung nunmehr endgültig auf Mittwoch früh durchzuführen werden.

Die Arbeiter der großen Chemischen entschieden in namentlicher schriftlicher Abstimmung, unter schwerster persönlicher Verantwortung jedes Einzelnen, mit Dreiwertelmehrheit für den Streik. Da sich die Behörden neuerdings um eine Vermittlung bemüht hatten, wurde der Streikbeginn bis Mittwoch nachmittags 2 Uhr verschoben, außerdem der subjektive Abbau der Apparate und die Bedienung der lebenswichtigen Apparate beschlossen, um die Vernichtung der Produktionsmittel zu verhindern. In ähnlicher Weise ging die Arbeiterschaft der Centrawerke vor. Die Unternehmer ließen die ihnen gesetzte Frist verstreichen, sie waren zum Kampfe entschlossen.

# Die Arbeiter der Kuffiger „Chemischen“ entlassen.

Kuffig, 14. April. (Eigenbericht.) Die Arbeiter der großen Chemischen Fabrik erhielten im Laufe des Freitag und des Samstag ihre Kündigungs schreiben zugestellt und sind damit faktisch aus dem Betriebe entlassen. Es scheint, daß man die Arbeiter durch diese Vorgangsweise einschüchtern will. Es dürfte auch die Absicht der Unternehmer sein, die Arbeiter, die in den Arbeiter-Häusern der Firma wohnen, unter dem Vorwand der Entlassung zu kündigen. Wir wissen nicht, ob man tatsächlich daran denkt, doch sind derartige Gerüchte hier im Umlauf, es wird sich zeigen, ob der letzte Rest der Menschlichkeit der Unternehmer bereits von der Unternehmerrutalität verdrängt ist.

In den Solvawerken sind auswärtige Arbeiter eingetroffen, die von der bekannten scharfmacherischen Baufrma Alwin Köhler, Schreckenstein, bezahlt werden. Es hat den Anschein, daß es sich nicht um Arbeiter dieser Firma handelt, da sie auch Isolierungsarbeiten ausführen. Es würde dies also Streikbrecherarbeit bedeuten. Auch Monteur in den Solvawerken, die Montagearbeiten verrichten, haben sich bereits gefunden, und die auch einlangende Maschinenbestandteile selbst ausladen. Diese Arbeit muß als verschärfte Streikbrecherarbeit qualifiziert werden. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß es sich um Mitglieder des tschechischen Metallarbeiterverbandes handelt. In diesem Falle müßte der Verband sich diese Leute genauer ansehen. Im Laufe des Freitag und Samstag sind auch bei der Firma Alwin Köhler Waggon mit Brettern von indifferenten Hilfsarbeitern ausgeladen worden. Die Firma erklärte, daß die Bretter ihr gehören, aber es scheint sich dennoch um eine verschleierte Streikbrecherarbeit für die Firma Schicht zu handeln und die Organisation der Tschler hat bereits gegen diese Arbeiten protestiert.

Der Angestelltenausschuß des Vereines der Beamten für chemische und metallurgische Produktion sandte an unser Kuffiger Parteiblatt eine

Verächtigung, in der gegenüber der Meldung unseres Kuffiger Parteiblattes, daß sich Streikbrecher aus dem Werkmeister- und Aufsichtspersonal gefunden haben und daß diese Angestellten den Arbeitern durch die Verächtigung dieser Arbeiten in den Rücken fallen, gesagt wird, daß es sich dabei nur um Arbeiter zur Erhaltung und Sicherung der Werke handelt. Man muß den Verfasser dieser Verächtigung schäbären Dank für dieses Schreiben wissen. Es muß betont werden, daß der Angestelltenausschuß des Vereines der Beamenschaft in der chemischen und metallurgischen Produktion kein Recht zu Verächtigung der Meldungen unseres Kuffiger Parteiblattes hat, weil sein Name in den Notizen des Blattes überhaupt nicht genannt wurde. Wenn der Angestelltenausschuß behauptet, daß die verrichteten Arbeiten nur zur Sicherung und Erhaltung des Werkes dienen, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß sich der D. S. B., dessen Mitglieder an meißten an diesen Arbeiten teilnehmen, verpflichtet hat, daß seine Mitglieder keine andere als ihre bisherige Arbeit verrichten würden. Nun hat der Angestelltenausschuß selbst festgestellt, daß seine Mitglieder auch andere Arbeiten als die, welche sie vor dem Streik geleistet haben, verrichten. Auch dienen diese Arbeiten nicht zur Sicherung des Werkes, sondern müssen als ausgesprochene Streikbrecherarbeiten bezeichnet werden, weil das Ausladen von Waren doch nicht als Arbeit zur Sicherung des Werkes, sondern als Arbeit zur Sicherung der Firma bezeichnet werden muß. Bisher wurde angenommen, daß die Streikbrecherarbeit der D. S. B. Leute der Disziplinbruch gegenüber ihrer eigenen Organisation ist. Nunmehr gewinnt die Sache einen offiziellen D. S. B. Anstrich. Es wäre im Interesse der D. S. B. Leute selbst, wenn sie von diesen Streikbrechern deutlich abräuerten würden. Der Streik dauert unvermindert fort, der Kampfsgeist der Arbeiterschaft ist ungeschwächt.

# Tages-Neuigkeiten.

**Die Unschuldengel.**  
Der Banken unseres Staates lacht  
Schon lange kein günstiger Stern:  
Die eine wackelt, die andere kracht —  
Nur wer die Schuld trägt, wüßte ich gern.

Erst „Moravka“ und dann Bohemabank,  
Man zitterte nah und fern,  
Zum Himmel drang ein böser Gestank —  
Nur wer die Schuld trägt, wüßte ich gern.

Der agrarische Präses, Herr Kubicek,  
Will beim Gott des Pizbon schmähen,  
Sein Defizit sei ein erblicher Tress —  
Nur wer die Schuld trägt, wüßte ich gern.

Der Justizminister, der schwarze Kampan,  
Der „Bohemia“ früherer Stern,  
Kläfft umgelegt seine Nachfolger an —  
Nur wer die Schuld trägt, wüßte ich gern.

In jedem Winkel waschen die Hand  
Sich in Unschuld die mächtigen Herrn,  
Der Dunkelmann riecht und der Mann vom Land —  
Nur wer die Schuld trägt, wüßte ich gern.

Schluß! Niemand ist schuld! Und nun halt den Mund  
Mit dem ewigen: „Ich wüßte es gern...“  
Wer gesunden hat, will verdauen, Du Hund,  
Und du wagst, sie plebejisch zu tören.  
Friedbertowjzen

**Das stilkliche Niveau des „Prager Tagblatt“.**  
Das „Prager Tagblatt“ veröffentlichte am 13. April in seiner Gerichtsbeilage folgende kleine, aber vielversprechende Notiz:

**Wo lebt man billig?** Das österreichische Justizministerium hat die auf den einzelnen Häftling entfallenden Erhaltungskosten für die täglichen Kosten a) für die Unterhaltung und die Verpflegung während der Strafhaft mit 7000 K, b) für die Bewachung und Verpflegung während der Strafhaft mit 3000 K festgesetzt. Addiert man a) und b), so ergibt sich für den Tag ein Preis von 10.000 österreichischen Kronen, das sind 5 K, was inbegriffen. Nur das Maniküren muß separat bezahlt werden.

Es ist leicht, sich in die Gedanken- und Gefühlswelt jenes stilklich verkommenen Zeitungsschreibers zu versetzen, der diese Notiz auf dem Gewissen hat, denn man müßte viel Gemütsruhe aufbringen, um auch nur eine Erklärung dieser grundlosen Verhöhnung jener zu finden, die seelische oder materielle Not ins Gefängnis gebracht hat. Die Ironie des „Prager Tagblatt“, die sich an dem Traurigen vergreift, indem sie das billige Leben in Strafanstalten gewissermaßen als begehrenswert hinstellt, wird wahrscheinlich ihre Wirkung auf jene Leser des vornehmen Bürgerblattes nicht verfehlen, die aus der Kränze ihres Wohlstandes verächtlich auf die Sträflinge blicken. Von diesem hat vielleicht einer das Gesicht gegen sich aufgebracht, weil er aus Hunger stehlen ging. Darüber fühlen sich jene hoch erhaben, die aus dem Blut und Schweiß dieser Proletarier ihre Millionen münzen und von ihrem Raube sich mehr als Bad und Maniküren leisten können: nämlich eine Presse, die ihre Unstilklichkeit preist und Goldschreiber, denen das Unglück anderer gerade gut genug ist, um ihre jämmerliche Gesinnung daran zu erproben.

**Für einen Strid reicht es.** Der Reichenberger „Vorwärts“ berichtet über eine wahrhaft erschütternde Tragödie, die mit dem freigeiwählten Tod eines alten Arbeiters endete und in der ein Ministerialsekretär eine verdammt nichtswürdige Rolle spielt. Am 21. März erschien nämlich, so berichtet der „Vorwärts“, eine Deputation arbeitsloser Bauarbeiter beim Sekretär des Ministers Habrman, Doktor Rosenkranz, der damals in Reichenberg war, um wegen der Arbeitslosenunterstützung bei ihm vorzusprechen. Damals spielte sich folgendes ab: Die Deputation war durch den Empfang ganz überlastet. Einer von ihnen, ein alter Mann, ganz verzweifelt, erlaubte sich zu sagen: „Aber Herr Doktor, stellen Sie sich doch vor, ich bin ein Reichenberger, an Armenunterstützung könnte ich höchstens drei Kronen bekommen. Wie kann ich mit einer Frau und vier Kindern davon leben? Das reicht doch nicht einmal auf den Strid, um sich aufzuhängen!“ Darauf soll nun Sekretär Rosenkranz kalt und ruhig erwidert haben: „Es reicht schon.“ Hat der Herr Sekretär diese Äußerung wirklich getan, so verdient er, auf der Stelle seines Postens entlassen zu werden, denn einen solchen Sekretär kann sich ein Minister für „soziale Fürsorge“ nicht gefallen lassen. Der tschechische sozialdemokratische Minister Habrman dürfte da wohl mit uns einer Meinung sein. Aber die Szene bei diesem Herrn Sekretär Dr. Rosenkranz war erst das Vorspiel zur Tragödie. Der 60jährige Maurer, namens Josef Rys, hat nämlich vor einigen Tagen Selbstmord begangen. „Der alte Mann war“ — so schreibt der „Vorwärts“ — 28 Wochen arbeitslos. Ebenso seine Kinder und seine Frau. Letztere erhielt nun vor zwei Tagen Arbeit und versuchte, für ihren Mann ebenfalls Arbeit zu bekommen. Sie wurde jedoch mit dem Bemerkten, daß ihr Mann Trinker sei, abgewiesen. Der alte Mann nahm sich das so zu Herzen, daß er, durch die Not gebrochen, zu dem Strid griff! Wenn sich die Sache so verhält, wie sie das kommunistische Blatt schildert, so erwarten wir strengste Unteruchung des ganzen Falles und Befreiung des Sekretärs — wodurch der Unglückliche natürlich nicht zum Leben ertweckt werden kann. Zu bemerken ist noch, daß der

## Beginn der Orientkonferenz: 23. April.

Lausanne, 13. April. (Schw. Dep. Ag.) Das Generalsekretariat der Lausanner Konferenz hat die türkische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß die einladenden Mächte damit einverstanden seien, daß die Verhandlungen am 23. April in Lausanne wieder aufgenommen werden.

## Die Konservativen -- Brantings Nachfolger.

Stockholm, 14. April. Der König hat den Führer der Konservativen, Reichskriegsrat a. D. Ernst Trygger beauftragt, eine neue Regierung zu bilden.

## Volksentscheid über den Schweizer Zolltarif.

Baslerkampf in den Kantonen.

Bern, 14. April. (Schweiz. Tel. Ag.) Morgen, Sonntag, findet eine neue eidgenössische Abstimmung statt, veranlaßt durch die sogenannte Zollinitiative, d. h. ein Volksbegehren, welches auf Abänderung des Artikels der Bundesverfassung betreffend die Grundlage für die Erhebung von Zöllen gerichtet ist. Diese Initiative wurde seinerzeit von 150.000 Antragstellern unterzeichnet, obwohl für das Zustandekommen einer Initiative bloß 50.000 Unterschriften notwendig sind. Die Antragsteller erklären, daß bei Ausgabe eines neuen, wenn auch vorläufigen Zolltarifes, das Volk durch allgemeine Abstimmung befragt werden müsse. Die Bundesversammlung, die im Herbst 1921 unter Ausschluß der Volksabstimmung einfach den Bundesrat zur Herausgabe des neuen vorläufigen Zolltarifes ermächtigt hat, habe gegen die Verfassung gehandelt. Der Bundesrat und die Bundesversammlung empfehlen die Ablehnung der Initiative, von den politischen Parteien treten die Sozialdemokraten und die Kommunisten geschlossen für die Vorlage ein. Die bürgerlichen Parteien lehnen sie im allgemeinen ab, jedoch haben sich an verschiedenen Orten bürgerliche Parteien mit Rücksicht auf die Konsumentenorganisation für Stimmengabe, in einzelnen Fällen sogar für die Annahme entschieden.

Zu einem scharfen Abstimmungskampfe kommt es morgen in verschiedenen Kantonen auch bei der Volksabstimmung über kantonale Vorlagen und Wahlen. Besondere Aufmerksamkeit erweckt die Wahl der neuen Regierung des Kantons Zürich. Hier bereiten sich zum ersten Male die Sozialdemokraten an den Wahlen in die Exekutive und fordern drei von den sieben Sigen des Regierungsrates für sich. Wegen dieser Frage entbrannte ein erbitterter Wahlkampf zwischen den bürgerlichen Parteien und Sozialisten. Im Kanton Basel-Stadt, wo die Regierung am 29. April erneuert wird, ist dem bekannten Sozialistenführer Friedrich Schneider, welcher seit 1920 der Regierung angehört, ein bürgerlicher Kandidat gegenübergestellt worden. Es kommt daher auch hier zu einem interessanten Wahlkampf zwischen Sozialisten und bürgerlichen Parteien.

## Telegramme.

### Eine neue Provokation der Wiener Halentrenzier.

Wien, 14. April. (Eigenbericht.) Die Wiener Halentrenzier haben die für morgen angelegte und von den Behörden verbotene Feldübungsübung nicht abgesehen. Die Wiener Polizei und die niederösterreichische Landesregierung erklären, daß sie die Absicht haben, diese Uebung zu verhindern, falls das Verbot nicht beachtet wird. — Die Arbeiterschaft wird sich nicht darauf beschränken, zu beobachten, was vorgeht, und wird die Verhinderung der Uebung nicht den Behörden allein überlassen.



„Vortwärts“ bei dieser Gelegenheit wieder einmal von den „Sozialdemokraten“ schlechthin spricht, was beweist, daß dieses Blatt jeden Anlaß benützt, um sich auch an den deutschen Sozialdemokraten zu reiben.

Die Mädchen von Stein und der junge „Missionär“. Das Dnitzer „Tagblatt“ erzählt folgende amüsante Geschichte: „Vor einer Woche ungefähr kam auf die Pfarre nach Stein (bei Proßnitz in Mähren) ein junger Geistlicher, der sich dem Pfarrer als Missionär vorstellte. Er machte sich erbötig, die Mission abzuhalten. Auch sei er es von früher her gewohnt, älteren Geistlichen bei der Beichte usw. zu helfen. Der Pfarrer nahm den jungen Geistlichen mit Freude an, wies ihm ein Zimmer zu, verschaffte ihm Verpflegung und suchte ihm den Aufenthalt so schön als möglich zu machen. Auch der junge Missionär ließ es an Pflichterfülle nicht fehlen. Täglich las er eine Messe, nahm die Beichte ab, und die hübschen Mädchen des Ortes drängten sich dazu, vor dem neuen jungen Pfarrer zu beichten. So verging eine Woche in schönster Ordnung. Eines Tages nahm der Pfarrer wahr, daß ihm aus seinem Zimmer Geld und verschiedene andere Dinge gestohlen worden seien. Er machte der Gendarmerie die Anzeige und kurz darauf war der junge Missionär verhaftet. Gendarmen brachten ihn zum Bezirksgericht nach Plumenau, wo es sich herausstellte, daß der Missionär gar kein Geistlicher, sondern ein schlichter Johann Zajicek aus Proßnitz sei. Er hatte sich seine geistlichen Kenntnisse in der Zeit erworben, da er als Diener im Kloster der Barmherzigen Brüder angestellt war. Leider sind auch einige Mädchen von Stein dem „geistlichen Herrn“ zum Opfer gefallen und ließen sich von ihm zu Günstbeweisen verleiten, die mit der Mission nichts zu tun hatten. Wie sich herausstellte, stellte er schon mehreremals solche Schwindelstücke an.“

Der „Allerhöchste Vater“. Der Jahresbericht des Bayerischen Automobil-Klubs beginnt mit folgenden Worten:

„Das Berichtsjahr brachte dem Klub dadurch eine besonders erfreuliche Auszeichnung, daß Seine Königliche Hoheit Prinz Rupprecht die hohe Gnade hatten, das Protektorat des Klubs, das bisher kein Allerhöchster Vater weiland Seine Majestät König Ludwig III. inne hatte, zu übernehmen. Seine Königliche Hoheit hat dadurch dem Klub, dem er bereits seit vielen Jahren angehört, erneut bewiesen, welch hohes Interesse er dem Klub bewahrt hat. Am 24. März wurde die Übernahme des Protektorats durch Seine Königliche Hoheit mit einem Herrneffen feierlich begangen, an dem Allerhöchster Vater die hohe Gnade hatte, teilzunehmen.“

Nach der bayerischen Automobiltheologie gibt es im Himmel verschiedene Rangstufen der Seligkeit. Die abgehenden Seelen zerfallen in allerhöchste, höchste, gemeine Seelen. Die letzteren scheinen im bayerischen Paradies besonders zahlreich zu sein.

Kirchen als Klubgebäude. Ein Leser schreibt dem Berliner „Vortwärts“: Die Tatsache, daß man Kirchen in Klubgebäude verwandelt, ist keineswegs neu oder eine Erfindung der Russen. In den Vereinigten Staaten, wo vollständige Religionsfreiheit herrscht, sind sogar schon anrüchliche Lokale in Kirchen verwandelt worden und — vice versa. Aber wir brauchen gar nicht nach Amerika zu gehen. Unsere Genossen in Belgrad besitzen, oder besäßen wenigstens bis zum Kriege, ein geräumiges, für serbische Verhältnisse großes Volkshaus, den „Narodny dom“, der ursprünglich gottesdienstlichen Zwecken diente. Wie mir seinerzeit der im Weltkrieg gefallene serbische Sozialist Tuzovitch mitteilte, war das Gebäude ursprünglich eine Kirche, die einging. Eine Bank, die die

Kirche übernahm, machte Konkurs. So erwarben preiswert unsere serbischen Genossen dieses ehemalige Gotteshaus und richteten sich darin häuslich ein. In den Räumen wurden die gewerkschaftlichen und Parteiorganisationen untergebracht. Der „Narodny dom“ wurde zum Mittelpunkt der Arbeiterschaft Belgrads, wo es immer sehr lebhaft zugeht, und in deren Gastwirtschaftsvorgarten es sich im Kreise serbischer Genossen in lauen Sommernächten angenehm sitzen lieh. Wenn heute die Russen das Gleiche tun, so sind sie eigentlich sehr spät auf die Idee gekommen, Kirchen praktisch zu verwenden. Aber immerhin: besser spät als gar nicht. Es wäre zu wünschen, daß die halb leerstehenden und nur mangelhaft benützten Tempel aller Richtungen auch bei uns einer notwendigeren und nützlicheren Verwendung zugeführt würden.

Die die Keruisten der Armen beschwindeln. Gestern wurden von Agenten des sozialen Fürsorgeamtes der Prager Polizeidirektion der 22-jährige Herbert Fuchs aus Freital in Sachsen, der 23-jährige Max Rehork aus Oberburg in Sachsen und der 30-jährige Michael Fedorko aus Choklov (Slowakei) verhaftet. Sie paschten Auswanderer ohne Pässe für gute Entlohnung über die Grenze und verprochen ihnen, sie bis nach Amerika zu schaffen. Liegen sie aber in Berlin oder in Hamburg im Stid. In Danuburg ist in die Affäre ein gewisser Simon Weich verwickelt. Alle Genannten wurden dem Landesstrafgericht in Prag eingeliefert.

Der Zustand Dr. Baerans. Dr. Baeran ist bereits in den späten Nachmittagsstunden des Freitag von der Abteilung des Professors Jaffsch wieder ins Landesgericht zurücktransportiert worden. Dr. Baeran wurde nicht in der Krankenabteilung des Landesgerichtes, sondern in seiner eigenen Zelle untergebracht. Sein Zustand ist zufriedenstellend.

Die Zahl der Wähler in Prag. In die ständige Wählerlisten der 38 Gemeinden von Großprag sind nach den bereits stattgefundenen Reklamationen jetzt insgesamt 411.449 Wähler eingetragen, von denen 188.649 Männer und 222.800 Frauen sind. Die Frauen besitzen somit in Prag ein Uebergewicht von 34.151 Stimmen. In sämtlichen Gemeinden Großprags gibt es mehr Frauen als Männer, nur in Sloubetin und Bohnitz ist die Zahl der männlichen Wählerstimmen größer als die der weiblichen. — Bei den letzten Gemeindevahlen von 1919 wurden in den Gemeinden Großprags insgesamt 1190 Gemeindevorteiler gewählt. Unter diesen Gemeindevorteilern sind 167 Frauen, von denen angehören: 63 den tschechischen Nationalsozialisten, 49 den tschechischen Sozialdemokraten, 27 den Kommunisten, 26 den Nationaldemokraten, eine den tschechischen Merkmalen und eine der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. In der Gemeinde Kobilitz gibt es einen weiblichen Bürgermeisterstellvertreter, einen weiblichen Bürgermeister gibt es nirgendwo.

„Das deutsch-tschechische Problem“. Der internationale Ausschuh sozialistischer Studenten in Prag veranstaltet am Samstag den 21. April eine öffentliche Versammlung im großen Sitzungssaal der Strafa-Akademie, bei der über obiges Thema von tschechischer Seite Univ.-Prof. Dr. E. Kadl referieren wird. Der deutsche Redner wird noch bekanntgegeben werden. Zweck der Versammlung ist, der internationalen Verständigung des Proletariats in diesem Staate den Weg zu bereiten.

Ein Mord in Raaden. Am 13. April wurde in ihrer Wohnung in Raaden die Geschäftsfrau Berta Rudolf ermordet. Der Täter versetzte der Rudolf einige Stöße mit einer Aule auf den Kopf und trug ihren Körper in ein Bett, wo er sie mit Hilfe der Federbetten erstickte. Sodann durchsuchte er die ganze Wohnung, fand aber das Geld der Geschäftsfrau nicht, weil dieses im Auslagenfenster versteckt

war. Ein Polizeihund hat die Spur aufgenommen, die auf den Bahnhof von Raaden führt, wo festgestellt wurde, daß in der Nacht der 23-jährige Friedrich Singer eine Fohrtarte nach Králop löste. Singer desertierte vor kurzer Zeit vom Artillerieregiment in Prag-Brádschin, wo er als Korporal diente. Singer ist mittlerer Gestalt und spricht tschechisch, deutsch und serbisch.

Kampf mit einer Bismarckratte. Am Mittwoch wurde auf dem Wege von Raaden nach Wegstádl um 4 Uhr früh Josef Kraus aus Raaden von einer Bismarckratte angefallen. Die Bismarckratte sprang an Kraus an die Höhe und bih sich in der Hüftengegend fest. Nur mit Mühe konnte Kraus das Tier mit seinem Stok zu Boden schlagen. Die Bismarckratte sprang Kraus jedoch wieder an und es entwickelte sich zwischen ihr und dem Manne ein regelrechter Kampf. Nach längerem Kampfe, währenddessen Kraus von der Bismarckratte einigemal angegriffen wurde, gelang es ihm, dem Tier einen tödlichen Schlag auf den Kopf zu versetzen. Kraus befand sich in einem derartig erregten Zustande, daß er in seine Wohnung zurückkehren mußte. Die Bismarckratte wurde dann später auf einem Felde tot vorgefunden.

Ein Waldbrand bei Rohantowik nächst Brünn vernichtete Mittwoch vormittags etwa 80 Quadratmeter Waldbestand. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Die Automobilkrei. Gestern um 2 Uhr nachmittags stieh am Plage der Republik das Automobil „M-371“ mit einem Motorwagen der Elferstraße zusammen. Beim Motorwagen wurde der Reflektor zertrümmert, beim Automobil die Fenster und der Handwerkskasten beschädigt.

### Zwei Dokumente aus Alt-Oesterreich

Wenn der Sohn des Staatskanzlers Prüfung ablegt. — Welche Bärte die Professoren tragen durften.

Zwei Altentstücke, das eine aus dem Vormärz, das zweite aus der Zeit nach der Niederwerfung der Wiener Revolution gewöhren einen guten Einblick in die Denkweise der Habsburger-Aemchte.

#### I.

##### Vonder k. l. Studienhofkommission.

Nr. 9071/658. Das k. l. Vizedirektorat der juristischen politischen Studien wird unter Beziehung der hierzigen Verordnung vom 15. März l. J. Z. 1082 angewiesen, auch die übrigen Prüfungen des Fürsten Richard von Metternich und Hugo Grafen von Traun aus sämtlichen jurid.-polit. Studiengegenständen ausnahmsweise in der Wohnung Seiner Durchlaucht des Herrn Staatskanzlers Fürsten von Metternich vornehmen zu lassen.

Die Seiner Durchlaucht gefällige Zeit der Prüfungsvornahme wird dem k. l. Direktorat jedesmal von Seiner Durchlaucht selbst bekanntgegeben werden. Wien, am 14. Dezember 1847.

(Unterschrift.)

##### An das k. l. Vizedirektorat der j. pol. Studien.

Die Söhne eines durch- und durchlauchtigen Fürsten und Grafen loynten doch nicht wie andere Studenten zur Prüfung gehen; die Herren Professoren wurden in die Wohnung besoflen und der Herr Vater gab ihnen Tag und Stunde bekannt, wo sie den Schloßhund ihrer Durchlaucht nicht im Schlafe störten. Und natürlich kamen die Professoren, und daß die durchlauchtigen Herren Söhne die Prüfungen glänzend bestanden, braucht man nicht erst zu betonen.

Nr. 5172/U. A. Seine k. l. Apostolische Majestät haben laut Erlasses des k. Ministeriums des Kultur und Unterrichtes vom 23.

September G. J. 1804 mit allerhöchsten Handbilleten vom 12. L. M. zu Befehle len geruht, daß sowohl bei den k. l. Hofstaats- als den k. l. Staatsbeamten aller Grade das Tragen der sogenannten Vollbärte gänzlich abgestellt und in die für Beamten beider Kategorien bestehenden Adjustierungsvorschriften die Norm aufgenommen werde, daß das Kinn jedenfalls in die Richtung der Mundwinkel vollständig rasiert, dann bezüglich der Schnurr- und Badenbärte, daß solche mit Ausschluß jeder Hebertreibung getragen werden dürfen.

Von dieser allerhöchsten Anordnung wird der Herr Dekan zur Darnachachtung und zur entsprechenden weiteren Rundmachung an das in die Kategorie der Staatsbeamten gehörige unterstehende Lehrpersonale in Kenntnis gesetzt.

Wien, am 29. September 1852. Der Statthalter für Nieder-Oesterreich, Eminger.

An den Herrn Dekan und das Professoren Kollegium der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Studien.

Vollbärte hatten nämlich gleich den weichen Kalabresen damals einen Stich ins Revolutionäre, so wurde denn den Hof- und Staatsbeamten und auch den Professoren die Porttracht vorgeschrieben, so wie sie „Stüher“ aussehen mußten. Das war eine Zeit, wie sie gewisse republikanischen akademischen Diener-Naturen von heute passen würde.

### kleine Chronik.

#### Das Wüten der Pest in Indien.

Simia, 14. April. (Oswab.) Im März sind 36.900 Personen an der Pest gestorben.

Raub an den Arbeitslosen. Samstag nachts wurde die Kasse des Wiener städtischen Amtes für die Arbeitslosen ausgeraubt. Aus der gewaltsam geöffneten Kasse wurde der Betrag von 124 Millionen österr. Kronen gestohlen. Die Täter sind flüchtig.

Chinesische Frühlingsfeste. In China begeht man den Frühlingsanfang mit einer Zeremonie, die der charakteristischen Symbolik nicht entbehrt. Der höchste Beamte der Stadt verläßt, mit prächtigen Kleidern angelein und das Haupt mit Blumen bekränzt, die Stadt durch das nach Osten gelegene Tor in Begleitung von Tänzern und Musikanten und von der Volksmenge gefolgt. Nicht hinter ihm werden in feierlicher Prozession reich mit Edelsteinen geschmückte Figuren von Personen der Vergangenheit getragen, die sich um die chinesische Landwirtschaft besondere Verdienste erworben haben. Der Beamte hält im Weitergehen streng die Richtung nach Osten ein, bis er der Figur einer riesigen, aus Ton gefertigten, prächtigen Kuh begegnet, die von kräftigen Burken getragen wird, und der ein Junge zur Seite steht, der nur an einem Bein einen Strumpf trägt und ohne Unterlaß auf das Tier mit einem Stecken einschlägt. Der Junge soll nach dem neuen Volksglauben ein Sinnbild des Ackerbau-Gottes sein, der so eifrig bei der Arbeit ist, daß er nicht Zeit gefunden hat, sein anderes Bein mit einem Strumpf zu bescheiden, und der durch sein ununterbrochenes Losschlagen andeuten will, daß nur unermüdete Tätigkeit die Erde ertragreich zu machen vermag. Der Beamte geht dann in die Stadt zurück, wobei ihm die lächerliche Kuh vorangetragen wird. In der Stadt angekommen, wird der Leib der Kuh, dem man Hunderte von kleinen Käubern entnimmt, geöffnet. Diese Kontakter werden unentgeltlich unter das Volk verteilt, zum Zeichen, daß die durch die ununterbrochene Feldarbeit erzielte Fruchtbarkeit das Sinken der Lebensmittelpreise und damit die allgemeine Wohlfahrt herbeiführt.

### Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (41)

„Das auch so nebenher . . . Aber das wissen sie ja längst, während ihnen immer noch nicht ein geht, was dagegen zu tun ist . . . Ich würde ihnen etwa sagen: Seht euch das Haus genau an, ganz genau. Es ist ein schönes, reiches Haus, in dem sich gut leben läßt. Seht euch die zwei Kerle an, die den Portal tragen . . . Merkt ihr was? Jawohl, das seid ihr, niemand anders als ihr. Die Reichen trauen sich, klar und deutlich auszusprechen, wozu ihr auf der Welt seid . . . Ihr habt die Häuser der Reichen zu tragen . . . Nehman wir an: Den zwei Steinriesen wird es zu dumm, immer dazustehen und die Fassade zu stützen. Sie gehen eines Tages einfach aus dem Rahmen und schauen mit beschrankten Armen zu, was werden will . . . Was geschieht? . . . Die ganze Herrlichkeit fällt zusammen; ein wüster Schutthausen ist alles, was bleibt . . . Versteht ihr nun? . . . Ihr seid die Karpatiden, ihr tragt das Haus, in dem andere schön und behaglich wohnen. Habt es endlich satt! Laßt die Bude halten, wer sie halten will. Ihr habt doch nichts davon, daß sie steht . . . Glauben Sie wohl, daß die Leute diese Rede besser verstehen als hundert Leitartikel und zweihundert Versammlungsreden dazu? . . .“

So waren es viele Bilder, die Ernst aufreizen und in seiner Gesinnung steifen. „Die Karpatiden“ schrieb er auf die Handchrift eines großen sozialen Dramas, das mühsam erwogen, nie über den Eingang hinauswuchs. Das Gleichnis erschütterte Ernst und eiferte ihn zugleich an. Er lebte und dachte ganz in der armen, kleinen, bedrängten Welt des Proletariates, schloß die

Frauen und Männer, die blassen, lustlos spielenden Hinterhauskinder in sein Gefühl, und suchte für die Gestalt des werteschaffenden Proleten großen, typischen Ausdruck, Wunsch und Wille der Unterwelt zu verkünden. Drohend schritt der Proletarier durch seine Verse.

Er schreiet zwischen goldnen Garben von Werten, die er rüstig schafft, und muß im Angesichte darben der vollen Speicher seiner Kraft. Nichts nennt er aus der frohen Fülle des Daseins, die er stündlich weckt, sein eigen, als die larme Hülle, die seiner Notdurft Mühe deckt.

Wohl ringt auch er nach hohen Zielen und streckt die Hand nach einem Glück; doch nur mit Schanden und mit Schwielen gefüllt, holt er sie stets zurück. Des Lebens unermessene Spenden sind ihm wie Wasser fortgerollt und hatten blieb an seinen Händen kein andres, als der Sonne Gold.

So rollen seine trüben Tage, von Arbeit schwer und toller Hast. Er bleibt am frohen Festgelage des Lebens der vergessne Gast. Am Ende geht er aus den Schranken an nichts, als nur an Hoffnung satt, und weiß, wie wenig er zu danken und wie viel er zu fordern hat.

Fabriken und Maschinen enthüllten ihm ihre Kraft und Schönheit, den Adel ihrer Leistung und ihre abweichende Haltung gegen die Menschen. Höhere Einheit überwand Gegensätze. Verwandtes sprach zu Verwandten. Das Weltbild Ernst Löhners rundete sich, und stand im Rahmen einer

unerbittlich geschlossenen Anschauung. Arbeit heißt der wahre Herr der Welt. Schaffen ist tiefster Sinn des Daseins. Genießen ist ein Mißbrauch der Kraft, wenn du nicht aus eigenem Schaffen genießt. Nimm deine Zeit, deine Welt, und laß fahren, was vorher war und was nachher sein wird! Was soll das Mittelalter mit herrlichen Kirchen und Brunnen, mit Häusern, die ein Jubelruf in Stein sind, und Bildern, darin farbige Psalmen auf Gott klingen? . . . Das lebt alles nur aus deiner Kraft, entzieht diese Kraft der Gegenwart, der sie Rechtsens gehört, und hemmt das Leben . . . Entschlossen wendete Ernst der schönen Vergangenheit den Rücken. Die Vaterstadt ist ein Schmutzhaufen alter, töstlicher Kultur. Pierliche, lustige Erker und Höfe fesseln den Blick, die Mauern und Türme schmiegen sich um die Altstadt, die von der Kaiserpfalz gekrönt wird . . . Willst du Gespenster an deinem Blut wärmen? hinaus in die Vorstädte, wo die Schlothe tauchen. Da ist dein Platz. Dort schafft und schweißst Gegenwart, und blutet aus allen Poren, Zukunft redt sich wie ein erwachender Riese, Leben ist dort und Tat, Wille und Sinn . . . Das Mädchen alter Schönheit träumte nicht mehr für ihn. Achlos ging Ernst vorüber. Nicht in einem Museum leben, unterm Glasur der Vergangenheit . . . seine Zeit fühlen, ihr dienen, ihren Weg in die Höhe bereiten . . .

Dem Leben tausendfältig versponnen, hatte Ernst langsam verlernt, den Anäuel der eigenen Seele abzuwickeln und wieder aufzuwickeln. Er fühlte über sich hinaus, fühlte weiter und freier. Das Flügelmaß seines Gefühls war gewachsen; die Seele klasterte breiter und hob die Schwingen in höhere Luft. An die Landschaft verlor sich Ernst zuweilen in ruhiger, sinnender Stunde, und lauschte den Stimmen, die aus Nähe und Ferne,

aus rieselndem Wasser, rauschendem Wind, aus den Linien der Hügel und aus den weiten Flächen redeten.

Luisa stand abseits. Still und versunken lebte sie in sich und in dem Kind. Ernst griff selten in diese Stille, denn er war ganz ausgegangen in die Welt. Ruhig und rein kann das Leben Luisens hin, klar und ungetrübt, nur manchmal fielen leichte Schatten auf den lautereren Strom. Das waren die schlimmen Stunden des Mannes. Ernst froh langsam aus der eigenen Haut, und strebte ehrlich, auch das Leben anderer Menschen schönend zu erfassen. Unsicher und tastend nach der jahrelangen Einsamkeit, stieß er noch oft mit seinen Ranten hart an. Luisa litt am meisten darunter. Immer noch sah verworrene Wut tief in Ernst. Wie ein blühend scharfes Messer in der Scheide steckte sie in mancher Hemmung und in erregener Beherrschtheit. Fuhr sein wahres Wesen heraus, dann stach es blind und gefühllos um sich. Ernst hatte keine Empfindung dafür, daß er verlebte, und sah nur den Glanz seiner messerscharfen Rede, nicht die Schärfe, die anderen wehte tat.

Das Kind entwickelte sich zum zarten, hübschen Knaben. Es sah hell in die Welt, forderte zu allem, was es sah, von den Eltern ein Warum, forderte und plauderte reizend. Er beschaffte sich viel mit „Froschle“, bedächtete und beschrieb seine kleinen Freuden und Schmerzen, und wurde selbst gegen Luisa sehr weich, wenn sich ihre Hände über dem Kind begegneten. Ein Kunte gemeinsamer Blut sprang da über. Im Kind kreuzte sich ihr Leben. Das Kind war bindender Ton im verwirren Lied. Das Kind stimmte alle Mistione auf reinen Klang.

(Fortsetzung folgt.)



# Gerichtssaal.

## Im Banne des Alkohols.

18 Gerichtsfälle an einem Tage.

Prag, 13. April. Wir haben heute in sämtlichen Gerichten Prags nach solchen Gerichtsfällen gesucht, in denen der Alkohol und seine schädlichen Auswirkungen dafür verantwortlich gemacht werden müssen, daß der oder jener vor dem Richter sich zu verantworten hat. Vier Bezirksgerichte und ein Kreisgericht hat Prag. Unsere Ausbeute war auch eine dementsprechend große. Insgesamt konnten wir 18 Fälle feststellen, in denen die Beteiligten in dem Augenblicke, als sie sich gegen das Gesetz vergingen, mehr oder minder im Banne der Wirkungen des Alkoholgenußes sich befanden. 18 ist eine erschreckend große Zahl. Denn wenn man diese Zahl als Durchschnitt betrachtet, so ergeben sich im Jahre ungefähr über 5000 Gerichtsfälle in Prag, bei denen der Alkohol irgendeine Rolle spielt. Natürlich sind das noch nicht alle Straffälle, deren Leidtragende ihre Bestrafung dem Alkohol zu verdanken haben. Denn wenn man in dem Aktenmaterial der Postzeit nachforschen würde, so ergäbe sich sicher eine 10.000 weit überschreitende Zahl derjenigen, welche deshalb mit Gesetz und Polizei in Konflikt geraten sind, weil sie infolge übermäßigen Alkoholgenußes ihrer Sinne nicht mehr mächtig waren.

Der krasseste Fall wurde vor einem Straffenat des Prager Landesgerichtes, das ja in Prag das Kreisgericht vertritt, verhandelt. Wenn man die Personalakten des hier angeklagt gewesenen Franz Schmeikal durchsieht, so findet man, daß Smeikal den Gerichten in Olmütz, Kremsier und Sternberg und auch vielen Polizeidirektionen bekannt ist. Wegen Gewalttätigkeit, Vagabundage, Betrunktheit, Diebstahl und Betrug 15 Monate, fünf Monate, drei Monate, vier Wochen, sechs Monate — so beginnt eine schier endlose Rubrik, in der die bisherigen Strafen Smeikals registriert sind. In Friedel, in Poslowitz usw. hat der Angeklagte schwere Konflikte mit der Polizei gehabt, jede Behörde bezeichne ihn als unheilbaren Sünder. Eine Besserung sei bei ihm manchmal zu erzielen, wenn ihm geregelte Arbeit verschafft werde. Verliere er jedoch die Arbeit, so verfalle er wieder dem Alkohol. Ein Mensch also, der einmal auf die Bahn des Lasters gestiegen, sich nie wieder aufrufen kann, um das Leben neu zu beginnen. Und heute ist er bereits 45 Jahre alt, zu verbraucht, um die Kraft, sich aufzuraffen, überhaupt noch aufzubringen. Seine Körperhaltung, das matte Licht seiner Augen, das verwaschene Aussehen und das kindliche Jammern kennzeichnen ihn schon äußerlich als Alkoholik. Verstand und Geist haben natürlich weit mehr unter der konstanten Einwirkung des Alkohols gelitten. Wie der Mann so sehen und zusammenhanglos die Fragen des Richters beantwortete und wie er, als der Vorsitzende seine bisherigen Strafen vorlas, immer beifolgend nicht: „Ja, die Gerichte in Wähezen kennen mich schon gut!“ und dabei manchmal auch so vor sich hin lachte, daß hätte sich kein Mensch der Ansicht verschließen können, daß dieser Mann nicht in den Kerker, sondern in ein Institut oder eine Heilanstalt für Alkoholiker gehört. Sein Straffall ist eigentlich einer jener Duzensfälle, die täglich passieren. Doch wird es nicht täglich vorkommen, daß jemand zehn Achteliter Schnaps trinkt und dann vom Wächmann als nicht vollbetrunken angesehen wird. Smeikal lag irgendwo auf dem Gehsteig und der Wächmann wollte ihn auf die Wachtube schaffen. Smeikal schimpfte und schlug um sich, Wachebeleidigung und Gewalttätigkeit waren gegeben. In der Untersuchungshaft erfuhr man erst die ganze Tragik dieses doch so alltäglichen Falles: Smeikal hatte, als er die letzte Kerkerstrafe abgeessen, bei einem Gärtner in Wschowitz Arbeit gefunden. Und trank monatlang seinen Tropfen, da der Gärtner ihn im Zaume hielt. Eines Tages gab es eine Auseinandersetzung. Smeikal wurde entlassen, bekam Geld und — fand sich in einer Branntweinschenke wieder. Das weitere ist ja leicht verständlich.

Diesmal hatten die Richter für die Lage des bedauernswerten Opfers des Volkseindes Alkohol Verständnis. Sie verurteilten ihn zu einem Monat Kerker, welche Strafe durch die Untersuchungshaft abgehört erscheint. Während der Beratung der Richter gab es einen Zwischenfall. Der Angeklagte wandte sich an den Klagevertreter und sagte mit seiner kindlich-weinerlich klingenden Stimme: „Ich danke Ihnen, Herr Staatsanwalt, dafür, daß Sie mit einem alten, unglücklichen Mann Rücksicht hatten.“ Das Grotteske dieses Zwischenfalles wirkte auf alle Anwesenden beschämend, das Opfer bedankte sich bei seinem Helfer.

Bei den übrigen Fällen, die Anlagen zumest wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zur Grundlage hatten, gab es Strafen von zwei Monaten bis zu vierzehn Tagen.

Mittags stand am Karlsplatz vor dem Prager Landesgericht eine Menge Leute um einen Betrunklenen herum, den ein Wächmann eben fortzuschaffen sich bemühte. Der Betrunklene schlug um sich und traf auch den Wächmann. Da ging es einem unwillkürlich durch den Kopf: „Der Mann wird auch die Zahl der von uns heute gesuchten Fälle vermehren.“

### „Ich habe eine Bombe für den Kramat.“

Prag, 14. April. Der Puffschmied Franz Krzajek aus Brävoice war angeklagt wegen Vergehens nach § 305 (Willkür einer strafbaren Handlung). Die Anklage wurde folgendermaßen begründet: Franz Krzajek hat nach Aussage seiner Asternierin Emilie Salas bei einem politischen Gespräch am 28. Februar die Äußerung gemacht: „Ich habe eine Bombe für den Kramat. Sechs Leute müssen noch daran glauben. Wenn ich das Attentat gegen Rakin ausgeführt hätte, so hätte sich dieser noch länger quälen müssen.“ Das Urteil lautete: sechs Wochen schweren Kerkers unbedingt.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

## Die großen Lohnkämpfe in England.

Schwere soziale Kämpfe, die das britische Inselreich wie kein zweites Ereignis seit dem Kriege erregen, entwickeln sich in England. Kämpfe, die schon heute fast eine Million Menschen unmittelbar betreffen, und die auf andere Zweige überzugreifen drohen. Die Aussperrung einer halben Million Bauarbeiter, die einen zehnprozentigen Lohnabbau abgelehnt haben, wurde von neuen Unternehmern rücksichtslos durchgeführt. Die Forderung der Eisenbahngesellschaften, daß bei Hunderttausend Werkstattearbeitern die noch bestehenden Kriegszulagen abgebaut werden, wird das Heer der Kämpfenden noch bedeutend vergrößern. 50.000 Ton- und Steingutarbeiter von Staff-Wahre sind wegen Lohnforderungen in Streik getreten. In Wales streiken 60.000 Bergarbeiter, weil die Unternehmer 6000 Unorganisierte eingestellt haben und die gewerkschaftlich Organisierten mit ihnen nicht arbeiten wollen. In der technischen Industrie gärt es, die Arbeiter der Maschinen- und Kesselindustrie überreichen Lohnforderungen, deren Erfüllung die Unternehmer hartnäckigen Widerstand leisten. Dabei ist eine größere allgemeine Bergarbeiterbewegung im Zuge. Die Löhne der Bergarbeiter werden in England durch ein nationales Lohnabkommen festgestellt, das die Löhne in ein gewisses Verhältnis zu den Kohlenpreisen bringt. Dieses Abkommen hat die Gesellschaften nicht gebilligt, fette Profite zu machen, die Löhne der Arbeiter hingegen waren aber diesen Profiten nie angepaßt. Nun wünschen die Bergarbeiter die Abschaffung dieses ganzen Lohnsystems, was aber, da es um den Vorteil der Unternehmer geht, nicht kampflös erreicht werden wird. Lohnkürzungen sind auch die Ursache des Konfliktes im Baugewerbe. Die Unternehmer fordern für dreiviertel des Jahres — die eigentliche Bauperiode — eine Arbeitszeit von 47 Stunden pro Woche und halten für die minder wichtigeren vier Monate 41, bezw. 42 Stunden für angemessen. Dabei soll eine zehnprozentige Lohnkürzung eintreten. Ueber den Lohn schienen eine Einigung nicht übertrieben schwierig gewesen zu sein, dagegen wollten die Arbeiter an einer Einheitswoche von 44 Stunden im ganzen Jahre festhalten. Die Auswertung der 500.000 Bauarbeiter bewirkt, daß die Bautätigkeit im ganzen Lande stillgelegt und die Wohnungsfrage, die zumindest im gleichen Maße ist wie in der Tschechoslowakei, eine der brennendsten Angelegenheiten Englands ist, erfährt durch die Auswertung eine furchtbare Verschärfung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es den Unternehmern bei diesem Konflikt auch um eine Demonstration zu tun ist, etwa in der Absicht, auf Regierung und Parlament, die sich mit der Frage der Subventionierung von Neubauten demnächst zu beschäftigen haben, einen Druck auszuüben.

Ein größeres Interesse wendet sich auch dem Landarbeiterstreik in der Grafschaft Norfolk zu, an dem bis jetzt 15.000 Arbeiter beteiligt sind. Die Pächter wollten die Arbeitswoche um zwei Stunden verlängern und dafür einen Wochenlohn von 25 Schilling zahlen. Die ganze öffentliche Meinung Englands ist nun darin einig, daß ein arbeitender Mensch mit diesem Wochenlohn nicht leben kann; dies hat auch Bonar Law einer Abordnung der Streikenden gegenüber offenzugegeben. In dem Streikgebiet befinden sich die Ländereien des Königs und ein großer Besitz des mit der Arbeiterpartei sympathisierenden Lords Kimberly, die beide bedeutend höhere Löhne zahlen. Die Stellung der kapitalistischen Presse, die in diesem Lohnkampf nicht unbedingt gegen die streikenden Landarbeiter Front macht, wird auch dadurch stark beeinflusst, daß es unter den Landarbeitern viele ausgebildete Soldaten gibt, denen gegenüber die bürgerliche Presse eine gewisse Verpflichtung fühlt. Die Arbeiterkonflikte bilden für Land und Regierung eine große Gefahr und vermehren die Schwierigkeiten, denen das Kabinett Bonar Law weder auf politischem noch wirtschaftlichem Gebiete sich gewachsen zeigt.

### Für den Schutz gegen die betrügerischen Banken.

Der Schutzverband der Bankkommissionen veröffentlicht im gestrigen „Právo Lidu“ ein „Offenes Schreiben“ an den Finanzminister, das eine sehr scharfe Kritik der Ursachen, die zu den letzten Bankzusammenbrüchen führten, enthält, und in dem Vorschläge zum Schutze der Bankkommissionen, der Bankeinleger und der Aktionäre unterbreitet werden. Vom Staate wird darin verlangt, daß er die gesetzliche Regelung des Wahlrechtes, die Festlegung des Proportionalwahlrechtes bei allen Wahlen in den Aktien-gesellschaften bestimmt. Die heutigen Wahl- und Kooperationspraktiken, denen zufolge oft 95, fast immer aber 49% der Aktionäre vollkommen rechtlos sind, müssen abgeschafft werden, weil ein Verwaltungsrat, der aus Vertretern verschiedener Vertrauensgruppen zusammengesetzt ist, niemals in die Lage kommen würde, betrügerisch oder leichtsinnig zu handeln. Schon die bloße Anwesenheit von Minoritätsvertretern in seinen Sitzungen müßte zur größten Gewissenhaftigkeit zwingen. Es wird ferner verlangt, daß die Verwaltungsräte und Direktoren aller Institute die Geldeinlagen annehmen, unbeschränkt mit ihrem ganzen Vermögen haften sollen. Weiters wird die Bildung eines Kommissionenverbandes, beziehungsweise eines „Kommissionenrates“ bei jeder Bank angestrebt, der

zur Kontrolle aller Bankvorgänge, zur Prüfung der Bilanzen und zu ihrer Mitunterfertigung berechtigt wäre. Alle „Luftgeschäfte“, fiktiven Buchungen und „Anschlagschäfte“ der Banken und Bankiers sind strafgerichtlich zu ahnden, bei allen Effektentransaktionen die Nummern der gefausten oder verkauften Effekten zu registrieren. Die Devisenfrist verlangt, daß für alle Rechtsstreitigkeiten in Bank-, Kredit- und Valutasachen ein beschleunigtes Rechtsverfahren Platz greife, und daß zu diesem Behufe bei den Handelsgerichten in Prag, Brünn und Preßburg eigene Finanzsenate geschaffen werden. Durch die Beseitigung der bisherigen Claquewirtschaft, wie sie durch das Proportionalwahlrecht, durch den Kommissionenrat und durch den Nummernzwang bei Effekten erreicht würde, soll allen spekulativen Machenschaften der Boden entzogen werden. Erst dann würde der Staat es nicht mehr nötig haben, selbst für oder gegen eine bestimmte Spekulation einzuschreiten. Es darf nicht gefehlt werden, wird im Schreiben ausgeführt, daß der Betrug belohnt und die Ehrlichkeit bestraft werde. Dieser Hinweis erscheint am Platze, weil in der letzten Zeit von einer wechselseitigen Verpflichtung der Geldinstitute, einander auszuheilen, die Rede war. Es wird niemand ehrlich und vorständig bleiben, wenn er im voraus weiß, daß der bankrott gewordene Gauner auf Kosten des ehrlich gebliebenen Kollegen rangiert werden muß. Sollte tatsächlich die „Dávěrnická společnost“, (Vertrauens-Gesellschaft), von welcher gesprochen wird, reale Gestalt gewinnen, dann kann es geschehen, daß sich die Bankeinleger zu einer „Nedávěrnická společnost“ (Misstrauens-Gesellschaft) zusammenschließen und den Banken aus dem Wege gehen. Das Schreiben schließt: das Vertrauen der Bankkommissionen zu den Banken läßt sich durch keinerlei Bevormundung der Bankkunden erzwingen. Das Vertrauen läßt sich nicht dekretieren, sondern nur erwerben. Dazu gibt es aber nur einen einzigen Weg: die Sicherstellung des demokratischen Selbstschutzes und der demokratischen Kontrolle für die Bankklienten in dem hier mitgeteilten Sinne.

Die aus lauter Versehen vertratete „Bohemia“-Bank. Einer amtlichen Mitteilung in Angelegenheit der vertrateten Bohemia-Bank entnehmen wir, daß der gegenwärtige Justizminister Dr. Dolansky als Brünnener Advokat in der Generalversammlung des Jahres 1921 zum Mitgliede des Verwaltungsrates der Bohemia-Bank gewählt und als neues Mitglied in das Handelsregister vom 30. Juli 1921 eingetragen wurde. — Am 27. September 1921 wurde Dr. Dolansky in das Kabinett Venes berufen, legte, so wie es die Verfassung vorschreibt, seine Funktion als Mitglied des Verwaltungsrates nieder und entschlöß sich persönlich in der Bank. Seit diesem Zeitpunkte hat er sich an der Verwaltung der Bank nicht beteiligt, hatte gar keinen Einfluß auf deren Entscheidungen und machte ihn nicht geltend. Die spätere Masseneresignation der übrigen ehemaligen Mitglieder des Verwaltungsrates nach der Rekonstruktion der Verwaltung, sowie auch die Eintragung des neuen Verwaltungsrates wurden im Handelsregister vorgenommen. Die Streichung der Mitgliedschaft des früher zurückgetretenen Justizministers ist aber nicht erfolgt. Die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, wen ein Versehen oder ein Versehen trifft. — Wirklich ein einzigartiges Institut, diese „Bohemia“-Bank, deren vieles Versehen nicht nur die Einleger, sondern auch das frühere Verwaltungsratsmitglied und gegenwärtige Regierungsmittglied Dr. Dolansky zum Opfer fällt.

### Vor einem Konflikt in der Brauindustrie.

Freitag fanden in Prag Verhandlungen über den neuen Rahmenvertrag der Brauereiarbeiter statt, die aber abgebrochen wurden. Der Abbruch erfolgte, weil es sich zeigte, daß sich die Unternehmerunterhändler offen hinter die Schlingel der Arbeiterorganisationen stellten. In einer am Montag in Prag stattfindenden gemeinsamen Versammlung der Vertrauensmänner und Betriebsausschüsse wird über das weitere Vorgehen ein Beschluß gefaßt werden.

### Preisabbauberatungen im Ernährungsministerium.

Die subministerielle Kommission der Regierung, die sich mit den Fragen des Preisabbaues beschäftigt, trat um elf Uhr vormittags im Ernährungsministerium zusammen. Es wurde die Ermäßigung der Transporttarife auf den Bahnen, die Ermäßigung der Güter-, Personen- und Verkehrstarife im Verkehr mit der Slowakei und Karpatenrußland, die Ermäßigung des Preises des elektrischen Stromes sowie die Ermäßigung des Fahrgeldes auf der elektrischen Straßenbahn in Prag beraten. Eine nächste Sitzung wird sich mit der Frage der A r z t e h o n o r a r e, insbesondere der Honorare für Chirurgen, beschäftigen. — Die Verhandlungen über den Zuderpreis fanden ebenfalls im Ernährungsministerium unter Leitung des Ministers Tučny statt. Es lagen zwei Anträge vor: Ein Antrag des Komitees der Zuderindustriellen und ein Antrag der Regierung. Da zwar eine Annäherung, aber noch keine vollkommene Einigung erzielt wurde, werden die Verhandlungen Montag neuerdings fortgesetzt. Nach dem gegenwärtigen Stande ist zu erwarten, daß es anfangs nächster Woche zu einer endgültigen Vereinbarung der Zuderpreisfrage kommen wird.

Das sozialpolitische Komitee der Prager Handelskammer hielt am 11. d. unter Vorsitz des Kammerrates Ing. Simáček eine Sitzung ab, in der Dr. Lachout das Referat erstattete. Das Komitee entschied sich gegen eine weitere Verlängerung der Verordnung, mit der das Recht des Unternehmers zu einer einmonatigen vertraglichen Kündigung beschränkt und für ihn bloß

die Möglichkeit einer sechswoöchigen beziehungsweise dreimonatigen Kündigung festgesetzt wird.

Der Streik der tschechischen Bergarbeiter. Aus Graz wird uns gemeldet, daß bei den wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen der Alpine Montangesellschaft und den Vertretern des Verbandes der Bergarbeiter, die unter dem Vorsteher des Landeshauptmannes stattfanden, die Grundlagen für eine Beendigung des Streiks in Obersteiermark und in Kärnten gefunden wurden. Sonntag wird eine Konferenz der Betriebsräte hierzu noch Stellung nehmen. Falls diese Konferenz zu den Vereinbarungen ihre Zustimmung gibt, dürfte der Ausstand Montag beendet werden. Der Ausstand in Mittelsteiermark dauert aber weiter.

Steigen des Index in Oesterreich. Die amtliche Kommission hat gestern den Index bestimmt. Darnach haben sich die Gesamtposten der Lebensführung seit Mitte März um 7.34 Prozent erhöht. Auch im vorigen Monat war der Index nahezu gleich hoch, nämlich 6 Prozent. Mit dem diesmaligen Index haben die Lebensmittelpreise wieder die Höhe von September erreicht. — Die Segnungen der Seipelschen Sanierung zeigen sich in der von Monat zu Monat steigenden Indexziffer!

Eine verurteilte Ausbeutebank. Die frühere Wiener Filiale der Böhm. Industriebank ist am 1. Jänner 1922 in den Besitz einer neuen Gesellschaft übergegangen, welche als eine selbständige Bank unter dem Namen „Allgemeine Industriebank“ die gesamten Agerden der früheren Filiale übernommen hat. Die Beamenschaft der Filiale, welche von dieser neuen Anstalt übernommen worden ist und die von der Übernahme erst im Juni 1922 offiziell verständigt worden ist, strengte gegen die Böhm. Industriebank zwei Prozesse an, und zwar vor dem Gewerbegericht wegen Nachzahlungen in tschechoslowakischen Kronen, nach dem abgelaufenen Kollektivvertrage, und einen Prozeß vor dem Handelsgericht über die Abfertigung, auf welche die Beamenschaft auf Grund der Nachkriegsregelung Oesterreichs Anspruch macht, da das Institut in neue Hände übergegangen ist. Der Prozeß vor dem Handelsgericht wurde noch nicht entschieden. Der Prozeß vor dem Gewerbegericht betreffend die Nachzahlungen wurde in erster Instanz zu Ungunsten der Beamenschaft entschieden. Nunmehr hat das Landes- als Berufungsgericht das Urteil der ersten Instanz aufgehoben und der Beamenschaft der früheren Filiale der Böhm. Industriebank den Anspruch auf Nachzahlungen in tschechoslowakischen Kronen zuerkannt. Dieses nunmehr definitive Urteil wird damit begründet, daß die aus dem Kollektivvertrage sich ergebenden Zahlungsverbindungen auch nach dessen Erlöschen einseitig ohne Vereinbarung mit der zweiten Seite nicht geändert werden können. Die Summe der vor beiden Gerichten anliegenden Beträge beträgt zusammen sieben Millionen tschechoslowakische Kronen.

Rindfleisch umsonst! Das ist die neueste, und zwar eine angenehme Ueberraschung für Berlin. Ein uns vorliegender Berliner Bericht enthält folgende Einzelheiten: Im Vordergrund des Interesses steht zur Zeit hier der Import, Amerika, und besonders Argentinien, erstiden in Vieh. Größere Sendungen von Gefrierfleisch sind abfließend, dürfen jedoch bei der im Berliner Publikum nun einmal bestehenden Abneigung gegen diese Ware kaum preislenkend wirken. Wichtig ist schon, daß uns aus Argentinien große Posten Vieh kostenlos angeboten worden sind, für die wir nur die Fracht zu bezahlen brauchen. Dieser fast unglaubliche Vorwand erklärt sich daraus, daß die argentinischen Viehhändler drüber die Viestände verringern wollen, um höhere Preise zu erzielen, und teilweise, um überhaupt Absatz zu finden.

## Devisenkurse.

### Die tschechische Krone notiert in:

Müch . . . . .	Schw. Frank 16.87.50
Berlin . . . . .	Mark 63.75
Wien . . . . .	Silerr. Kr. 2128.00

### Züricher Schlußkurse am 14. April.

	Gold	Ware
Paris . . . . .	26.51.00	26.60.00
London . . . . .	25.56.00	25.58.00
Berlin . . . . .	0.02.50.00	0.02.51.00
Wien . . . . .	27.35.01	27.40.00
Holland . . . . .	215.00	215.30
Madrid . . . . .	0.00.77.50	0.00.78.00
Budapest . . . . .	0.11.75	0.12.00
Braun . . . . .	16.35.00	16.40.00
New York . . . . .	5.48.75	5.49.50
Belgrad . . . . .	5.55.00	5.75.00
Batavia . . . . .	001.25.00	01.37.50
Wien alt . . . . .	0.00.00	0.00.00

## Theater und Kunst.

Neues Theater. Heute halb 3 Uhr Arbeitnervorstellung „Der Wächler“ 7 Uhr „Cheurlaub“; morgen, Montag „Die Erwachsenen“; Samstag „Mörder, Hoffnung der Frauen“, „Sancta Susanna“, „Das russische Mädchen“; Sonntag nachmittags „Cavalleria rusticana“ und „Bojazzo“.

Kleine Bühne. Heute, halb 8 und halb 8 Uhr, morgen, Montag, Dienstag und Donnerstag Gastspiel Paul Morgan Einakter; Mittwoch, Freitag und nächsten Sonntag nachmittags „Cheurlaub“; Samstag und nächsten Sonntag „Das blaue Wunder“.

Operettenpremiere „Katja, die Tänzerin“. Premiere Dienstag, erste Wiederholung nächsten Sonntag.



Das Ensemblegastspiel des Naimundtheaters Wien (Gastspiel Max Pallenberg) bringt zwei Erstausführungen: Mittwoch und Donnerstag das Lustspiel „Der Unbefleckte“ von Hugo Hofmannsthal; Freitag die Opernkomödie „Dardanelle“ (Der Vetter) von der deutschen Bühnenbearbeitung von Alfred Volgar. Der Abend wird durch den Courtésine-Einakter „Nimfenstige“ ergänzt.

Lustspielpremiere „Das blaue Wunder“ von Paul Wertheimer, Samstag in der Kleinen Bühne.

### Aus der Partei.

#### Bestellt die Raiffeischrift!

Die Verhandlungen mit der Buchhandlung „Vortwärts“ in Berlin sind zum Abschluß gebracht worden. Die Raiffeischrift gelangt am 20. April zur Veröffentlichung. Wir bitten alle Organisationen, sofort die Bestellungen an die Zentrale für das Bildungswesen, Teplic-Schönau, Seilerstraße 1, zu richten.

Das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

(Sämtliche Bruderblätter werden um Nachdruck gebeten.)

Bezirkskonferenz Reichenberg. Die am vergangenen Sonntag in der Vereinhalle in Reichenberg stattgefundene Bezirkskonferenz, zu der auch die sozialdemokratischen Gemeindevetreter des Bezirkes erschienen waren, war sehr gut besucht. Nach Beendigung des Protokolls erstattete Kreissekretär Genosse Franz Leinmüller ein Referat über die nächsten Organisations- und Agitationsarbeiten. Es wurden hierauf eine Anzahl von Anträgen nach lebhafter Debatte angenommen. Sodann referierte Genosse Dr. Sahn über die kommenden Gemeindevahlen. Am 1. Mai wird eine Weberaufführung im Reichenberger Stadttheater stattfinden. Es wurden dann noch einige interne Angelegenheiten besprochen. Im Auftrage des Parteivorstandes wählte Genosse Krenn für die Bezirkskonferenz bei.

Sozialorganisation Prag VII. Freitag, den 20. April findet im Gasthause „U Akademie“, Ecke Malitzka und Sokalka ul., die ordentliche Wochenversammlung statt mit Vortrag des Genossen Bruno Dreuer über „Die Ursachen der jugoslawischen Wohnüberlastung“. Anfang 8 Uhr abends.

Sozialorganisation Weinberge, Rusle, Brävolet. Sonntag, den 15. April Versammlung im Café Rizza, Weinberge, Jungmannstraße. Tagesordnung: Berichte, Raiffeis, Vortrag des Genossen Bloch: „Das neue Rieterschutzgesetz“. Beginn pünktlich 8 Uhr. Erscheinen aller nötig.

### Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten für Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Jägerovo nám. 4. Donnerstag, den 19. April 1923, 8 Uhr abends, Restaurant Arcueil, Refaganka, Versammlung. Tagesordnung: Angestellte im Lohnkampf. Referent: Verbandssekretär Löwit aus Teplic. 1558

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Nächster Mitgliederabend morgen Montag 9 Uhr im Café „Edison“, I. Stod. Gen. A. A. Goldschmid, dessen Arbeit über das „Bildungswesen in der Übergangszeit vom kapit. zum sozialistischen Staate“ bei unserem Preisauschreiben preisgekrönt wurde.

Bezirksverwaltungs-kommission Gablonz a. N. Nr. 776 ai 1923. am 12. April 1923. Betrifft: Straßenbau.

## Ausschreibung.

Die Bezirksverwaltungs-kommission in Gablonz a. N. schreibt auf Grund des Beschlusses vom 7. November 1922

### den Bau einer 1780 m langen, 5 m breiten Bezirksstraße

von Neudorf nach Oberschwarzbrunn als Notstands-bau zur Bewerbung öffentlich aus.

Das Bauprojekt, die Baubedingungen und Bauausmaße liegen in der Kanzlei der Bezirksverwaltungs-kommission in Gablonz a. N., Zimmer Nr. 3, zur Einsichtnahme auf.

Anborscheinreichungs-termin: 24. April 1923, 12 Uhr mittags.

Der Vorsitzende: 1560

Ed. Lub. Redhammer.

**Anerkannt beste Bezugsquelle für billige böhmische Bettfedern!**



1 Kilo graue, gute Halbbleibfedern 14 K., halbweiße geschliffene 25 K., weiße, Raummie, geschliffen, 30 K., 40 K., 50 K.; feinst. Halbbaum- oder Raummiebleib 60 K., 70 K., 80 K. Von 5 Kilo aufwärts franco. Fertig gefüllte Kissen 180/120 cm groß, aus prima blattabgemessenen Häuten, 100 K., 120 K., 150 K.; Kissen, 180/90 cm, 40 K., 50 K., 75 K., 100 K. Versand gegen Nachnahme. Umtausch gestattet oder Geld retour.

1911  
G. Benisch in Anl. Weinberge, Krameriusg. Nr. 20/28, Böhmen. — Ausführliche Preisliste kostenlos.

wird über: „Sozialismus und Bildungswesen“ referieren. Sozialistische Gäste willkommen!

### Turnen und Sport.

Sparta gegen Nürnberg. Sparta, die beste tschechische Mannschaft, hat heute den I. F. C. Nürnberg zu Gäste. Die bisherigen Wettspiele der beiden Mannschaften wurden stets nicht nur in Prag und Nürnberg, sondern in ganz Europa mit Spannung erwartet, da in diesen Spielen jeweils die Entscheidung darüber fiel, ob der tschechische oder der deutsche Fußball die Führung innehat. Die bisherigen vier Treffen zwischen Sparta und Nürnberg, die ein Gesamtergebnis von 8:7 für Nürnberg ergaben, fanden statt: am 28. August 1921 in Nürnberg 0:0, am 27. September 1921 in Prag 5:2 für Sparta, am 27. August 1922 in Nürnberg 3:2 für Nürnberg und die Nürnberger Rapid-Wien zu Weihnachten mit

am 1. Oktober 1922 in Prag 3:0 für Nürnberg. Da 4:1 geschlagen haben und in Spanien von fünf Wettspielen vier gewonnen, während eines unentschieden blieb, so braucht nicht erst darauf hingewiesen zu werden, daß es heute auf dem Sportplatz einen grandiosen Kampf geben wird. Denn die Sparta, die das letztemal auf eigenem Boden eine direkt vernichtende Niederlage hinnehmen mußte, wird jedenfalls alles daransetzen, um diese Blamage vom Herbst des Vorjahres wieder gutzumachen. Die Mannschaften treten an: I. Nürnberger F. C.: Stuhlfaut, Barz, Augler, Niegel, Schmiedt, Grünwald, Strobl, Popp, Wieder, Trög, Sutor. A. C. Sparta: Petr, Döber, Janda, Kolenath, Ráda, Cerveny, Sedláček, Hajny, Kozeluh, Dvořák, Meduna. Das Wettspiel leitet Zenitel-Piffen. Beginn halb 5 Uhr. — Der erste Nürnberger F. C. fährt dann von Prag nach Budapest, wo er am 21. gegen M. T. A. spielt. Am 22. treten die Nürnberger in Wien gegen Rapid an. — D. F. C. tritt bei seinem Wettspiele gegen Slavia am kommenden Sonntag den 22. April mit Wachtl vom Nürnberger Sportverein in der Verteidigung an. — Sparta und Slavia treffen sich im Freundschaftsspiele am 1. Mai und in der Meisterschaft am 10. Juni.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

**Das Beste für Ihre Augen**  
liefert **Optiker Deutsch, Prag.**  
Graben 25, Kl. Bazar.  
1332

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch. und Karl Cermak.  
Berantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.



### Der lesende Arbeiter

das ist der dankende und kämpfende Arbeiter!  
In der Not der Arbeitslosigkeit, im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen, im Kampfe um geistige Freiheit und Kultur ist der „Sozialdemokrat“ das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende, geistige Band, welches das deutsche Proletariat im Angriff und Abwehr zusammenschweißt.  
Wardet Leser und werbet neue Leser des „Sozialdemokrat“

Ausschneiden und einsenden.

Abonnements-Bestellschein. Abonnieren ab 1923  
48 Kč — monatlich 16 Kč — vierteljährlich  
144 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährlich 192 Kč (nicht Zutreffendes durchstreichen) den

„Sozialdemokrat“ — Verwaltung Prag II., Havlíčkovo nám. 32.

Vor- und Zuname: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Ort, Bezirk: \_\_\_\_\_  
Strasse und Nr. \_\_\_\_\_

**YOST** Farbbandlose Schreibmaschine für schöne Schrift.  
Alleinvertreib: Prag II., Nekázanka 2. Tel. 5041.

**Palma**  
Kautschukabsätze und Kautschuksohlen  
Schonen die Nerven, schützen die Füße, helfen sparen!

**Herren- und Knaben-Kleiderhaus**  
Aktiengesellschaft „MORAVIA“  
Václavské nám. 15, neben der „Národní Politika“  
hat wiederum  
**2000 erstklassige Herren-Anzüge**  
in Verkauf gegeben.

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte  
**„APEC“ und „Morrell“**  
Vertreter für die Czechoslowakei:  
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.  
Drahtanschrift „Rostra“. Telefon 6657.

**Weinessig- und Essigspritfabrik**  
Quido Spalek Sohn  
Gegründet 1878.  
**Leitmeritz a. E.**  
empfiehlt Ihre nach neuesten Gärverfahren erzeugten vorzüglichen Essige.

**Piering-Sent u. Essig**  
ist das Beste!  
Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“  
zu haben in allen Konsum-Vereinen.

Die Büros des Bankhauses  
**KERN & Söhne**  
befinden sich ab 16. April d. J.  
**PRAG II.**  
**BREDOVSKA UL. 4.**  
Telephon: 819, 3497, 30036, 30037, 30338, 30571.  
Telegramm-Adresse: **KERNSON, PRAG.**